

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kammer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 8803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Angetragen in die Reichspostzeitungsliste

Weltmarkt und Lohn

Von Paul Herzberg

II.

Der Lohnabzug ist unter den Reichsteuern mit etwa 1,3 Milliarden zu veranschlagen. Als Höchstgrenze der die deutschen Unternehmer treffenden Mehrbelastung bleibt also selbst unter Berücksichtigung der deutschen Gebietsabtretungen nur ein Betrag von einigen Milliarden Mark. Zudem ist zu bedenken, daß sich auch für ihre ausländischen Konkurrenten die Steuerlast vermehrt hat. In engstem Anschluß an die Steuerbelastung wird zumeist auf die Mehrbelastung durch die sogenannten „sozialen“ Abgaben hingewiesen, worunter gewöhnlich Beiträge zur Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge verstanden werden. Die Debatte im Reichsarbeitsblatt (vergl. „Die Arbeit“, S. 143) hat diese Frage geklärt. Die gesamte „soziale Belastung“ ist für 1924 mit etwa 1,6 Milliarden anzusetzen. Davon fallen rund 730 Millionen auf die Arbeitgeber und 880 Millionen auf die Arbeitnehmer. Da letztere auf Lohnkonto verbucht werden, würden hier nur die 730 Millionen zu berücksichtigen sein. Weil aber davon die 1913 von den Arbeitgebern gezahlten 560 Millionen größtenteils in Abzug zu bringen wären, würde der Restbetrag so gering werden, daß er in unserer Milliardenrechnung überhaupt unberücksichtigt bleiben kann.

Ähnliches gilt von der Mehrbelastung durch Steigen der Frachttarife der Eisenbahnen, die an dieser Stelle erwähnt sein mögen. Abgesehen vielleicht von den Transportkosten schwerwiegender Rohstoffe und Halbfabrikate bei großen Entfernungen, wird diese Steigerung die auch in anderen Ländern infolge der Geldentwertung eingetretenen Erhöhungen kaum übersteigen. Im Durchschnitt betrug die Frachteinahme der Eisenbahn 1913 je 1 tkm = 3,6 Pf., in den ersten elf Monaten 1924 je 1 tkm = 5,5 Pf. Das würde eine Steigerung der Frachtkosten auf etwa das 4fache bedeuten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Durchschnittseinnahme im Laufe des Jahres 1924 bereits wieder von 6,5 Pf. im Januar auf 4,5 Pf. im November zurückgegangen ist. Da die gesamten Betriebseinnahmen aus dem Güterverkehr 1913 2,3 und im letzten Vierteljahr 1924 0,8 Milliarden betrugen, so würde auch der hier einzusetzende Posten von 0,8 bis 0,9 Milliarden Mark nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Die Mehrbelastung, die den deutschen industriellen Unternehmungen in ihrer Gesamtheit gegenüber der Vorkriegszeit aus öffentlichen Abgaben erwächst, hält sich einschließlich der Mehrbelastung durch erhöhte Frachtkosten demnach zweifelsfrei in der Grenze von einigen Milliarden Mark.

Da schon heute im Staatshaushalt erhebliche Überschüsse erzielt werden, wird mit einer Steigerung dieser Last auch beim vollen Inkrafttreten des Dawes-Planes I a m zu rechnen sein. Es wäre zweifellos zu begrüßen, wenn diese Belastung geringer sein könnte. Aber trotzdem erscheint es ungerecht, wenn im Vordergrund stehende Vertreter der Wirtschaft die Staatslast als die eigentliche Ursache der bedrohten deutschen Konkurrenzfähigkeit hinstellen. Charakteristisch, wenn auch in der Form recht gemäßig, sind die Worte von Friedrich v. Siemens in der Generalversammlung der Firma Siemens & Halske A.-G.: „Das Auslandsgeschäft liegt in unserer Industrie stark darnieder. Die deutschen Herstellungskosten liegen meist über den Weltmarktpreisen... Wenn die Stunde dann kommt, wo die Not unerträglich wieder an unsere Tür klopft und die Folgen des In-den-Lag-Gemeinlebens sich offenbaren, dann wird wieder der Wirtschaft der Vorwurf gemacht werden, daß sie verlagt habe, daß es ihr an dem guten Willen gefehlt habe, übernommene Verpflichtungen durchzuführen. Heute schon müssen wir unsere Stimme erheben, um vor aller Öffentlichkeit festzustellen, wo der wirklich Schuldige dann zu finden ist, daß nicht das ausführende Organ, die Wirtschaft, sondern die Leitung, der Staat die Verantwortung trägt (Berliner Börsenkurier vom 26. Februar 1925).“ Solche vorhandenen Beschuldigungen werden unhaltbar, wenn man die weiteren Posten der Rechnung überprüft und sich den allgemeinen Herstellungskosten der deutschen Unternehmungen zuwendet. Hier fällt sofort eine Position in die Augen, die gegenüber den Auslandsunternehmungen eine ganz ungeheure Entlastung darstellt. Jeder Vergleich deutscher und ausländischer Löhne zeigt eine ganz ungewöhnliche Verschiebung der Lage zugunsten des deutschen Industriellen.

Einige allgemeine Bemerkungen über den Lohn als Kostenelement seien vorausgeschickt. Es ist sehr beliebt, in Untersuchungen über die Frage, wie weit der Lohn die Konkurrenzfähigkeit beeinflusst, die ganze Debatte abzuweichen durch den Hinweis, daß mit der Festsetzung des Goldlohnes nichts getan sei, sondern daß die verschiedene Kaufkraft in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden müsse. Und dann beginnt das Spiel mit mehr oder weniger brauchbaren Zahlenangaben. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß der Lohn einen doppelten Charakter hat. Für den Unternehmer ist er Kostenbestandteil, für den Arbeiter Unterhaltungsquelle. Will man untersuchen, wie der Arbeiter mit seinem Lohn leben kann, so muß naturgemäß der Lohn herangezogen werden, der ihm für eine gewisse Spanne Zeit zum Leben zur Verfügung steht, und ebenso selbstverständlich ist es alsdann, die Kaufkraft dieses Lohnes, die das Interesse auf sich zu ziehen hat. Mit anderen Worten: Wird der Lohn als Unterhaltungsquelle betrachtet, so muß die Kaufkraft von Wochenlöhnen verglichen werden, wie das beispielsweise in den sorgfältigen Untersuchungen versucht wird, die das Internationale Arbeitsamt im Anschluß an die amt-

lichen englischen Vorkarbeiten durchgeführt hat. Ganz anders aber ist zu verfahren, wenn der Lohn als Kostenbestandteil des Unternehmers in seinem Kampf um Absatzgebiete betrachtet wird. Alsdann kann nur nach dem Goldwert des Lohnes gefragt werden. Der Lohn ist umzurechnen in Goldgeld, wie es auf dem Weltmarkt als Wertmaßstab verwendet wird. Zudem ist es in diesem Zusammenhang gleichgültig, wie lange der Arbeiter von dem Lohn leben muß. Es kommt vielmehr nur der Lohn als Entgelt für eine bestimmte Arbeitsleistung in Betracht. Am besten würden Akkordlöhne verglichen. Da das aber praktisch unmöglich ist, muß man sich mit Stundenlöhnen begnügen. Stundenlöhne in Goldgeld sind also der Gegenstand einer Untersuchung über Lohn und Weltmarkt.

Schon vor dem Kriege hatte der deutsche Unternehmer vor seinen Hauptkonkurrenten einen Vorsprung voraus durch die niedrigeren deutschen Löhne. Allerdings stand der Lohn in den meisten slawischen und romanischen Ländern noch tiefer. Aber die in skandinavischen und angelsächsischen Ländern gezahlten Löhne übertrafen die in Deutschland gezahlten im allgemeinen ganz bedeutend. Etwa für 1905 ergab eine sehr sorgfältige Untersuchung des englischen Handelsamtes, daß in der gleichen Zeit, für die dem deutschen Arbeiter ein Lohn von 1 M gezahlt wurde, der englische 1,24, der Franzose 0,86 M, der Belgier 0,70 M, der Amerikaner aber 3,23 M verdiente. Bis 1914 hatte sich dies Verhältnis bereits etwas zugunsten der Engländer verschoben. Die folgende Übersicht über Löhne in Deutschland, England und Amerika ergibt im Durchschnitt das Verhältnis von 100:113:332.

Stundenlohn in Deutschland, England und den Ver. Staaten

Berufe	Stundenlohn 1914					Stundenlohn 1924				
	Deutschl. (Goldmark)	Engl. (Goldmark)	Frankr. (Goldmark)	Belgien (Goldmark)	Amerika (Goldmark)	Deutschl. (Goldmark)	Engl. (Goldmark)	Frankr. (Goldmark)	Belgien (Goldmark)	Amerika (Goldmark)
Bauarbeiter	0,71	0,84	2,82	118	397	0,86	1,67	5,69	194	662
Zementfabrikarbeiter	0,71	0,83	2,40	118	338	0,86	1,67	4,97	194	578
Hilfsarbeiter	0,56	0,56	1,25	100	221	0,72	1,26	2,84	175	394
Holzarbeiter	0,61	0,83	2,09	185	343	0,77	1,66	4,40	216	584
Zimmerer u. Tischler	0,61	0,83	2,09	185	343	0,77	1,66	4,40	216	584
Metallarbeiter	0,66	0,77	2,58	116	391	0,73	1,21	5,00	165	688
Maschinen-, Schlosser-, Hilfsarbeiter	0,49	0,43	1,60	100	320	0,50	0,87	3,44	174	688
Buchdrucker	0,63	0,72	2,22	114	352	0,90	1,55	4,21	194	526
Hilfsarbeiter	0,63	0,72	2,22	114	352	0,90	1,55	4,21	194	526
Durchschnitt	—	—	—	113	332	—	—	—	187	679

Vergleicht man die Lage von 1914 mit der vom Oktober 1924, so gewinnt man ein Bild davon, wie sehr sich in der Nachkriegszeit der Lohn zugunsten der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Unternehmers verschoben hat. Im Dezember 1924 steht das durchschnittliche Lohnverhältnis für die gleichen Arbeitergruppen in Deutschland, England und Amerika wie 100:187:579. Das bedeutet für den deutschen Unternehmer eine Entlastung, die alle Mehrbelastung durch gesteigerte Steuer bei weitem aufwiegt.

Vielleicht erscheint es für die Berechnung der Größe dieser Entlastung richtiger, noch allgemeinere, umfassendere Zahlen heranzuziehen, was allerdings so fast genau dem gleichen Resultat führt. Nach den Aufstellungen des Statistischen Reichsamtes betrug in Deutschland der Durchschnittslohn für gelernte Arbeiter 1914 0,65 M, Dezember 1924 0,75 M, für den Ungelernten 1914 0,41 M, Dezember 1924 0,53 M. Der Stundenlohn der Gelehrten steigt also Ende 1924 auf 115 vH, der der Ungelernten auf 129 vH des Vorkriegslohnes. Die mittlere Steigerung würde demnach 22 vH betragen. Ein internationaler Überblick über die Lohnsteigerung ergibt demgegenüber folgendes Bild:

Deutschland	129 vH	Schweiz	200 vH
Italien	150	Schweden	249
Frankreich	152	Holland	295
England	200	Vereinigte Staaten	252

Wahlausfall und Arbeitsmarkt

Einen Tag nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten wurde im Schoß der Reichsbank und der Reichsregierung beschlossen, die Tätigkeit der Deutschen Golddiskontbank wieder anzunehmen. Die Bank wurde vor gut Jahresfrist von dem Anwalt Dr. Schacht gegründet und verfolgte den Zweck, die deutsche Warenausfuhr zu fördern. Dieses gelang ihr auch, indem sie, gestützt auf internationale Kapitalhilfe, der deutschen Ausfuhrindustrie namhafte Kredite zur Verfügung stellen konnte. Diese beliefen sich vor dem Beschluß, die Bank aufzulösen, auf gut 300 Goldmillionen. Die Kredite stellten also rund 50 vH der durchschnittlichen monatlichen Ausfuhr Deutschlands dar und haben auf den deutschen Arbeitsmarkt äußerst günstig eingewirkt.

Der Beschluß, die Bank aufzulösen, wurde gefaßt, weil infolge der besser gewordenen internationalen Lage die deutsche Industrie hinreichende Möglichkeit bekam, Auslandskredite aller Art hereinzunehmen. Das änderte sich mit der Verbindung Hindenburgs zum Präsidentschaftskandidaten, und zwar verhielten sich die ausländischen Geldgeber äußerst zurückhaltend. Die Verhandlungen um eigentliche Anleihen — hier kommt fast ausschließlich Amerika in Frage — kamen durchweg ins Stocken. Großen deutschen Firmen und deutschen Großstädten wurde der nachgesuchte Kredit abgelehnt, und wer weigert. Andererseits verringerte sich das Wechselkreditgeschäft. Hier waren es besonders England und Holland, die nicht mehr in dem Maße wie früher solche deutsche erstklassigen Wechsel ankaufen, die an das Ausland verkauft werden müssen, weil wir — eine Folge des von Hindenburg „durchgehaltenen“ und verlorenen Krieges — nicht über das nötige Anlagkapital verfügen. Ohne Zweifel hat diese Störung im internationalen Kreditverkehr wiederum den deutschen Arbeitsmarkt beeinflusst, und man geht nicht fehl, wenn man die letzten zu beobachtende Verschärfung der Krise in Deutschland darauf zurückführt.

Nun bringen Wahlen immer Unruhe in die Wirtschaft, besonders in den internationalen Waren- und Geldverkehr. Gegenüber der letzten deutschen Wahl liegen die Dinge aber wesentlich anders. Es handelt sich hier um viel mehr, als um eine bloße Begleitercheinung irgendeiner Wahl. Folgender Hinweis wird das klar machen: Die ausländischen Kredite haben, wie wir bereits oben andeuteten, die deutsche Ausfuhr belebt; vor allem waren die deutschen Ausfuhrer wieder in der Lage, für Warenlieferungen nach dem Auslande langfristige Kredite zu gewähren. Das bedeutet natürlich Wettbewerb für die Ausfuhr anderer Länder. Dieser Wettbewerb wird namentlich in Amerika und England unangenehm empfunden, und es setzte schon vor Monaten eine heftige Agitation gegen die Kredite an Deutschland ein. Diese Agitation wurde durch Hindenburgs Kandidatur stark begünstigt. Wenn in dem Augenblick, wo Hindenburg aufgestellt wurde, die Kreditverhandlungen stöten, so war dieses das Werk der englischen und amerikanischen Wettbewerber, die mit Hilfe dieser unglücklichen Kandidatur die öffentliche Meinung gegen die Anleihen an Deutschland mobil machten.

Nun ist Hindenburg Reichspräsident und die deutschfeindliche Kreditpropaganda hat einen Trumph mehr in der Hand, den sie mit aller Macht gegen die deutsche Ausfuhr und den deutschen Arbeitsmarkt ausnutzt. Nun wird sich die internationale Finanz aber auf die Dauer, selbst durch die heftigste Strömung in den Volksschichten nicht von gewinnerprechenden Geschäften abhalten lassen. Dieses zu verhindern, hieße den Gelddruck und den Ausbeutungsdrang der internationalen Finanz verhindern. Aber man darf auch die Vorsicht dieser internationalen Finanz nicht übersehen, weil neue Schwierigkeiten drohen. Hindenburg, der, nach eigenem Geständnis, den höchsten Wunsch seines Lebens hat, noch mal gegen Frankreich in den Krieg zu ziehen, ist der denkbar ungeeignete Mann, die wirtschaftlichen und politischen Fragen Westeuropas zu lösen, die nur durch Verständigung mit Frankreich zu lösen sind. Die Folge wird sein, daß der französische Nationalismus, ganz besonders die französische Schwerindustrie, die das Industriebündnis mit Deutschland zur Voraussetzung für die Freigabe der besetzten deutschen Industriegebiete macht, Westfalen und Rheinland nicht räumen werden. Das ist die erste bittere Frucht der Wahl Hindenburgs. Wenn aber der französische Soldat in Belgien und den Niederlanden stehen bleibt, dann ist der Dawesplan gefährdet. Der Dawesplan war aber die Grundlage, auf der sich die Kredithilfe für Deutschland aufbaute. Die Welt gab ihr Geld an Deutschland, weil sie an den Dawesplan glaubte und an eine Räumung der besetzten Gebiete.

Durch diese Entwicklung ist ungefähr folgender Zustand geschaffen: Die angelsächsische Finanz geht heute Hand in Hand mit der angelsächsischen Industrie und mit der angelsächsischen Ausfuhr. Das ist vorläufig eine Art Kreditperre, weiter aber eine Drosselung unserer Ausfuhr mit höchst unangenehmen Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ob es der Deutschen Golddiskontbank gelingt, den Boykott wesentlich zu mildern, muß bezweifelt werden, da ihre Tätigkeit nach Sägung und Kapital begrenzt und der Kapitalhunger Deutschlands zu groß ist. Vorläufig wird die Lage durch den Ausbruch eines Berliner Bankiers treffend gezeichnet, welcher sagte: „Schacht versucht gutzumachen, was die anderen vermasselt haben.“

Die Reichspressen versuchen in diesen Tagen krampfhaft die Zusammenhänge, wie sie hier dargestellt, zu bestreiten. Man will den Massen abermals Sand in die Augen streuen. Demgegenüber führen wir folgende Tatsachen an: Die deutschen Anleihen sind in New York nach der Wahl Hindenburgs ganz beträchtlich gesunken und liegen ungefähr 10 vH unter ihrem Nominalwert. In erster Linie wurden die Krupp- und die Thyssenanleihe betroffen, die ganz besonders nachgaben. Auch die Dawesanleihe blieb von diesem Sturz nicht verschont. Außerdem zeigte sich an den deutschen Börsen ein großes Angebot von deutschen Industriepapieren, so daß z. B. die Aktien eines der größten deutschen Montanwerke (Garpes) an einem Tag um 6 vH nachgaben. Hier mußten die Berliner Banken zu großen Stützungsmaßnahmen greifen, um das Schlimmste zu verhindern. Auch diese Zeichen beweisen geradezu schlagend, daß der Ausfall der deutschen Präsidentschaftswahl äußerst schädlich auf den deutschen Kredit rückwirkt. So bedeutet die Wahl Hindenburgs wirtschaftlich gesehen, vor allem erstmal eine weitere Verengung unseres Arbeitsmarktes.

Aus dem Reichstag

Beim Ausschuß der Reichspost machte der Reichspostminister Stöckert bemerkenswerte Mitteilungen über die Entwicklung des deutschen Postwesens seit seiner Lösung von dem allgemeinen Reichspostgesetz. Damals hatte die Reichspost beim Reich eine Schuld von rund 60 Millionen Goldmark, inzwischen aber hat sie sich zu einem selbständigen, nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleiteten wirtschaftlichen Unternehmen entwickelt. Der Briefverkehr hat den Stand von 1913 noch nicht wieder voll erreicht, wohl aber der Paketverkehr. Der Kraftwagenverkehr wird immer mehr erweitert, auch der Postdienst und Fernsprecheverkehr dehnt sich aus. Nicht minder auch entwickelt sich der Telegrammverkehr, wenn er auch die Höhe von 1913 noch nicht wieder erreicht hat. Die Einnahmen aus dem Postverkehr für 1925 werden auf 861 Millionen Mark, die aus dem Fernsprecheverkehr auf 662 Millionen Mark, die aus dem Luftverkehr auf 34 Millionen Mark geschätzt. Eine völlige Neuregelung des Rundfunks ist im Gange, besonders notwendig ist es, den politischen oder wirtschaftlichen Mißbrauch des Rundfunks zu verhindern. Die Postverwaltung nach dem letzten Landtag soll so geordnet werden, daß überall an den Werktagen mindestens einmal bestellt wird. Wo die Sonntagszustellung besteht, soll sie bis auf weiteres aufrechterhalten bleiben, eine vollständige Sonntagsruhe erscheint mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten unangebracht.

Für das Personal der Reichspost wird erstrebt: eine ausreichende Bezahlung, erträgliche Beförderungsverhältnisse, günstige dienstliche Arbeitsbedingungen und eine möglichst ausgeglichene soziale Fürsorge. Die Arbeitskraft des einzelnen soll voll ausgenutzt, dagegen soll jede schädliche Überanstrengung vermieden werden. Eine bestimmte Zahl der abgehenden Beamten soll wieder eingestellt werden, von den Schwerkriegsbeschädigten werden bereits 1300 Personen beschäftigt. Zur Beschaffung von rund 2000 Wohnungen sind im Etat 16 Millionen Mark vorgesehen, die Erholungsheime, Krankenhäuser und Heilanstalten sowie die Kinderfürsorge werden dauernd unterstützt. Das Postministerium wird bemüht sein, nicht nur seine wirtschaftlichen, sondern auch seine sozialpolitischen Aufgaben nach Möglichkeit zu erfüllen.

In der Aussprache wurde der gute Wille des Postministers anerkannt, doch wurden allerlei Beschwerden vorgebracht und allerlei Anregungen gegeben. Es wurde getadelt, daß höhere Postbeamte ihre Stellung und ihre Diensträume zu antirepublikanischer Agitation und Demonstration mißbraucht haben und daß der Rundfunk ausgedehnter antirepublikanisch eingestellt ist, was sich besonders bei der Präsidentenwahl gezeigt hat. Das Postpersonal verdient Anerkennung für seine Pflichterfüllung, aber es verdiene auch eine bessere Bezahlung und bessere Behandlung. Die 54stündige Arbeitswoche müsse durch die 48-Stundenwoche ersetzt werden, auch sei eine bessere Regelung der Dienstverteilung und der Urlaubzeit angebracht. Leider macht sich bei manchem Vorgesetzten noch der altpreussische Kasernenoffizierscharakter bemerkbar, es sei wünschenswert, diesen Leuten zu zeigen, daß wir heute in einer neuen Zeit leben. Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß im wesentlichen der Reichsfinanzminister die Schuld an den mangelhaften Bezahlungs- und Beförderungsverhältnissen im Postwesen trägt, der für die Beamten seines eigenen Ressorts viel besser sorgt als für die Postbeamten. Eine Verbesserung in dieser Hinsicht könnte aber nur eintreten, wenn der Reichstag einen größeren Einfluß auf die Verwaltung der Reichspost gewinne und diesen Einfluß mehr als bisher in sozialer Hinsicht ausübe. Hier spielt natürlich das Stimmverhältnis der verschiedenen Parteien die ausschlaggebende Rolle.

Von grundsätzlicher Bedeutung war die Verhandlung über den Haushalt des Finanzministeriums. Der deutsch-nationale Minister der Finanzen, Freiherr v. Schlieffen, warnte davor, aus dem durch eine sparsame Finanzwirtschaft erzielten Überschüssen auf eine glänzende Finanzlage des Reiches zu schließen. In Wirklichkeit sei ein Verschleppvermögen vorhanden, der durch eine wesentliche Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer gedeckt werden müsse. Man könne für 1926 mit einer Mehreinnahme von 130 Millionen Mark, die die neue Steuer erst am 1. Juli in Kraft treten könne, in 1926 solle sie 228 Millionen Mark einbringen. Dagegen sei eine Ermäßigung der Steuerlasten wünschenswert, um die Gütererzeugung zu fördern. Anders umgekehrt, heißt das: die Verbrauchssteuern, die vorzugsweise die große Masse der Verbraucher treffen, sollen erhöht, die Besitzsteuern aber jenen ermäßigt werden. Auffällig auch es auch erörtern, daß man der Subsidienfrage 700 Millionen Mark ohne Wissen des Reichstages geschickt hat, trotz dem unsere Reichsfinanzen mit Unterbillung arbeiten. Was die Aufwertungsfrage anbetrifft, so soll die Aufwertung der Staats- und Kriegsanleihen in engen Grenzen gehalten werden, weil dies die Finanzlage des Reiches erfordert und bei höherer Aufwertung eine neue Inflation zu befürchten ist. Nur die direkt Beschädigten sollen bei der Aufwertung berücksichtigt werden, die Verkäufer und Käufer von Anleihen sollen ausgeschlossen werden. Der Reichsfinanzminister Frentzen erörtert die Grundzüge, nach denen die Aufwertung vorgenommen werden soll. Es sei zunächst zu nehmen auf die finanziellen Möglichkeiten, der Geschäftspunkt der Gerechtigkeit komme erst in zweiter Linie. Nach den Ausführungen dieser beiden rechtsprechenden Minister haben die Renteninhaber und Sparer wenig zu erwarten, trotzdem ihnen vor den Wahlen goldene Berge versprochen worden sind.

In der Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums machte der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt, der frühere Wirtschaftsminister, bemerkenswerte Ausführungen. Die Justizkommission hat die Bildung größerer Konzerne und den Zusammenstoß der Großunternehmer begünstigt. Die Industrie klagt über Kredit- und Absatzmangel und beklagt die unangünstige Wirtschaftslage, die die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne herabzusetzen. Dabei sind die Arbeitslöhne in anderen Ländern bedeutend höher als in Deutschland. Infolge des verlorenen Krieges sind aus weiten Abhängigkeit vertrieben gegangen und neue Industriekolonien treten als neue Konkurrenz auf.

turremen auf. Hier gibt es nur den einen Ausweg, daß wir mehr als bisher Waren herstellen, die qualifizierter Arbeit und qualifizierter Arbeitskräfte bedürfen. Die Herstellung von Qualitätswaren ist in Deutschland möglich, weil uns die dazu erforderlichen Arbeitskräfte und Maschinen zur Verfügung stehen, was in den neuen Industrieländern nicht der Fall ist. Aber auch der innere Markt muß gefördert werden, indem die Kaufkraft der großen Massen durch höhere Löhne gesteigert wird. Die Lebenshaltung der Arbeiter, der kleinen Angestellten und Beamten ist viel zu niedrig und deshalb liegt unser innerer Markt daneben. Der Redner vertreibt sich dann noch über die Syndikatsfragen im Kohlen- und Kalibergbau und kommt dann auf den in Aussicht stehenden Zolltarif zu sprechen. Um endlich Klarheit zu schaffen, ist das Vorliegen des neuen Zolltarifs notwendig. Es wird sich dann zeigen, wie er aussieht. Das deutsche Volk hat ein lebhaftes Interesse daran, daß günstige Handelsverträge mit dem Auslande abgeschlossen werden, das wird aber unmöglich gemacht durch hohe Schutzzölle. Es ist Pflicht der Reichsregierung, den Bestrebungen der Reichsparteien, die Deutschland und das deutsche Volk schädigen, mit aller Schärfe und Entschiedenheit entgegenzutreten. Leider besteht — besonders nach der Wahl Hindenburgs — nur wenig oder gar keine Hoffnung, daß dies geschehen wird.

Die Schwächsten des Proletariats

Betrachtungen zur Heimarbeit-Ausstellung

L

P.H. Der Gesellschaft für soziale Reformen gebührt Dank. Sie ist es gewesen, die die deutsche Heimarbeit-Ausstellung ermöglichte. Durch die Ausstellung wurde die Aufmerksamkeit auf das Heimarbeiterelement gerichtet und die Sozialgesetzgebung zugunsten der Schwächsten des Proletariats erhielt einen starken Auftrieb. Die Gesellschaft für soziale Reformen leistet auf sozialem Gebiet Bedeutendes. Ihr Streben nach Milderung des schlimmsten sozialen Elends muß allgemein anerkannt und den Mitgliedern der Gesellschaft muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie mit ganzem Herzen und großer Liebe bei der Sache sind. Die Heimarbeit-Ausstellung 1925 zu Berlin ist dafür Beweis.

Zur Beisein höchster Staatswürden — anwesend war der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simon und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns — wurde am 28. April die Ausstellung eröffnet. Es war die vierte ihrer Art. Schon im Jahre 1904, 1906 und 1908 fanden deutsche Heimarbeit-Ausstellungen statt. Waren die früheren Ausstellungen reine Glensausstellungen, auf denen die schlimmsten Glensbilder aus dem Jammerthal der Heimindustrie ausgestellt waren, so war diesmal die Gesellschaft für soziale Reformen von dieser Ausweitung abgesehen. Es liegt immer sehr nahe, der großen Masse der Heimarbeit sehr deutlich vor Augen zu führen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß diese Eindrücke meist in kurzer Zeit verlöschen und schließlich für die Heimarbeit nicht nachbleibt. Weit wirksamer ist es, wenn ein objektives Bild von Art und Umfang der Heimarbeit in Deutschland, vom Produktionshergang und von den Lohn- und Arbeitsbedingungen gegeben wird. Nur so können umfassende Grundlagen für eine weitere Sozialgesetzgebung zugunsten der Heimarbeit geschaffen werden. Diese Auffassung der Gesellschaft für soziale Reformen hat auch überall die vollste Zustimmung gefunden, die Bedeutung der Ausstellung liegt davon Zeugnis ab.

Die Heimarbeit-Ausstellung war in erster Linie getragen von den Gewerkschaften der drei Hauptrichtungen, ferner des Verbandes der katholischen Frauen und Mädchen, des Gewerkschaftsverbandes der Heimarbeitlerinnen Deutschlands, zahlreicher anderer Wohlfahrts- und Frauenorganisationen und des Deutschen Beamtenbundes. Daneben wirkten mit die verschiedensten Behörden der Bundesstaaten, Gewerbeaufsichtsstellen, Heimarbeiterschulungsinstitute und Arbeitsnachweise. Da die im Jahre 1911 geplante Dresdener Heimarbeit-Ausstellung an den unerfüllbaren Forderungen der Unternehmer, die diese an die freien Gewerkschaften stellen, gescheitert war, hatte die Gesellschaft für soziale Reformen für diese Ausstellung die Unternehmer überhaupt nicht herangezogen. Damit war nicht angebracht, daß die Ausstellung eine einseitige werden sollte. Die letzte Entscheidung über die auszustellenden Sachen lag in den Händen eines Kontrollausschusses. Unter solchen Umständen und auch mit solcher Mitarbeit war die Ausstellung objektiv und durchaus einwandfrei.

Der gefühlvolle Schatz für die Heimarbeit ist noch gering. 1912 trat das Hausarbeitsgesetz in Kraft, das aber praktisch ziemlich ohne Bedeutung blieb. Im Krieg wurden weitere Schutzverordnungen erlassen und erst nach der Revolution kamen die Bestimmungen über die Lohnunterstützung heraus. Diese Hausarbeitsgesetzgebung aber die Lohnunterstützung nicht anerkennen und so kam im Sommer 1923 endlich das Heimarbeiterschutzgesetz und anderthalb Jahre später die Verordnung zur Errichtung von Hausarbeitsstätten auf Grund des Heimarbeiterschutzgesetzes. Aus dieser Entwicklung ist zu ersehen, daß die Heimarbeitergesetzgebung in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat. Diese Entwicklung muß mit zu fördern, dazu war die Heimarbeit-Ausstellung mit berufen.

Nach diesen Grundgedanken war die Ausstellung auch geordnet. Den angeführten Hauptarten waren Karten beigegeben, die alles Wissenswerte über Preis, Arbeitsdauer und Verdienst enthielten. Bildaufnahmen ergänzten die Ausstellung und zeigten die Heimarbeit bei ihrer Arbeit und in ihren Besonungen. Man sah die Welt der Heimarbeit, die Welt des Glens.

Die Ausstellungsgegenstände kamen aus allen Industriezweigen. Die Heimarbeit ist weiter verbreitet, als allgemein angenommen wird. Erst auf der Ausstellung, wo alle die laufend Seiden und Schalschen bewundern waren, konnte ein Bild von ihrem Umfang gewonnen werden. Vom billigsten Stoffhandel bis zum teuersten, feinsten Kunstgegenstand ist alles vertreten. Die Industrie für die Bekleidung, Textil, Holz, Metall, Sattler, Leder, Glas, Papier, Tabak und Spielwaren haben den größten Anteil.

Das Gebiet der Heimarbeit ist schwer zu begrenzen. Neben der reinen Heimarbeit, unter der wir gewöhnlich die Arbeiter verstehen,

die ein Arbeiter an Waren leistet, die er vom Unternehmer kauft und an diesen wieder abgibt, gibt es noch die Gruppe der sogenannten „selbständigen Hausgewerbetreibenden“. Die Grenze zwischen diesen beiden Gruppen ist fast verloschen. So hat man diese „selbständigen“ auf der Ausstellung mit aufgenommen. Die Hausgewerbetreibenden kaufen in der Regel die Rohstoffe für ihre Fabrikate von dem Fabrikanten, der ihnen den Arbeitsauftrag gegeben hat, und liefern dann an diesen die fertigen Waren wieder ab. Schon beim Einkauf der Rohmaterialien, der fast immer auf Pump geschieht, wird der Selbständige tüchtig über Ohr gehauen und am Schluß bleibt ihm dann kein höherer Verdienst, als ihn der gemeine Heimarbeiter erreicht. Die Ausstellung lieferte zu diesem trüben Kapitel wichtiges Material.

Das größte Übel in der Heimindustrie ist die überlange Arbeitszeit. Um auch nur das Notdürftigste zur Fristung des nachten Lebens zu verdienen, wird in der Regel in der Heimindustrie 12 bis 14 Stunden am Tage gearbeitet. Und wenn die Not mitunter zu stark drückt, dann juchet der Heimarbeiter oder die Heimarbeiterin auch einmal „durch“ und unterbricht die Arbeit nur, wenn die Natur unweigerlich auf wenige Stunden ihr äußerstes Recht verlangt. Der Achtstundentag ist in der Heimarbeit unbekannt. Hierin liegt zum Teil auch die Erklärung für die jammerwürdige Entlohnung in der Heimarbeit. Der Heimarbeiter schuftet lieber 15 Stunden wie ein Tier, ehe er den Unternehmer um eine Erhöhung seiner miserablen Löhne angeht.

Welt schimmer ist noch die Kinderarbeit in der Heimindustrie. Auch die Frauarbeit ist jedes sozialen Schutzes entkleidet. Vergessen wird gekämpft um die Beseitigung der Kinderarbeit, was in der industriellen Produktion auf diesem Gebiet erreicht wurde, geht in der Heimindustrie wieder zum Teufel. Alle Bemühungen scheitern. Der Heimarbeiter sparrt seine Kinder ein und tut dieses immer unter dem äußersten Zwange der Not. Was er verdient, reicht knapp zur Fristung des Lebens für Frau und Kinder. Das Unglück will es auch, daß gerade die Heimarbeiter am stärksten mit Kindern versorgt sind. Beigt dabei die Ausstellung Aufnahmen, auf denen der Heimarbeiter mit Frau und neun bis zwölf Kindern um den Arbeitstisch hockt.

Diese sozialen Nöte dieser Armen, die zum Teil auch in Segenden wohnen, von denen aus die Fabriken oder Arbeitsplätze täglich nicht zu erreichen sind und darum die Arbeit wochenlang einmal ins Haus geholt werden muß, werden von einem brutalen Unternehmertum stark ausgenutzt. Die armen Teufel müssen froh sein, überhaupt etwas Verdienstmöglichkeit zu erhalten; das ist das Beweismittel der Unternehmung. Die wirtschaftliche Stellung der Heimarbeiter wird aber weiter verschlechtert durch die Zwischenmeister. Überflüssigerweise schiebt sich in der Regel zwischen Heimarbeiter und Unternehmer noch der Zwischenmeister ein, der vom Unternehmer größere Arbeitsaufträge übernimmt und sie wieder in einfachere Unterarbeiten aufteilt. Der Mann, der fast nur den Verteiler macht, verdient in der Regel mehr als drei Heimarbeiter. Sein Verdienst ist nicht selbst verdient, sondern geht auf Kosten der Heimarbeiter, deren Verdienst um den Betrag des Zwischenmeisterprofits geschmälert wird.

Alles in allem genommen, ist die wirtschaftliche Lage der Heimarbeit die denkbar schlechteste. Der Heimarbeiter ist heute noch weit abhängiger vom Unternehmertum, als es der Fabrikarbeiter je war. Die Heimarbeit-Ausstellung hat den interessierten Kreisen gezeigt, wo der Fehel anzusetzen ist.

Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Versicherten in der Krankenversicherung

Nach der deutschen Reichsversicherung gehört es zu den Aufgaben des Reiches, ein einheitliches Versicherungsrecht unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten zu schaffen. Bis jetzt hat allerdings das Reich in dieser Beziehung sehr wenig getan. Das zeigt deutlich das Beispiel der Krankenversicherung. Hier haben wir mit ganz geringen Ausnahmen im wesentlichen noch die Zustände, wie sie vor dem Kriege herrschten. Von maßgebender Mitwirkung der Versicherten ist im allgemeinen nur in den Ortskrankenkassen und in den Landkrankenkassen die Rede. Bei den anderen gesetzlichen Kassenarten, den Betriebs- und Innungskrankenkassen, ist teilweise noch nicht einmal die Gleichberechtigung zwischen Versicherten und Arbeitgebern durchgeführt. S. B. hat der Arbeitgeber in der Betriebskrankenkasse das Recht, ständig den Vorsitzenden der Kasse zu stellen, während die Versicherten davon ausgeschlossen sind. Wenn man berücksichtigt, daß der Vorsitzende einer Krankenkasse ganz erhebliche Rechte in seiner Person vereinigt, so muß man nur dringend fordern, daß hier umgehend die Gleichberechtigung durchgeführt wird. Ähnlich liegt es in den Innungskrankenkassen. Auch hier kann die Innung unter bestimmten Voraussetzungen den Vorsitzenden stellen, ohne daß die Versicherten dagegen Widerspruch erheben können. Hinzu kommt bei den Innungskrankenkassen noch, daß sie auf Beschluß der Innung jederzeit errichtet werden können, ohne daß die Versicherten, über deren Schicksal hier entschieden wird, die Möglichkeit hätten, dagegen Einspruch zu erheben. Bei den Betriebskrankenkassen hängt die Errichtung der Kasse wenigstens von der Zustimmung des Betriebsrats ab. Bei den Innungskrankenkassen braucht dagegen der Gesellenausschuß, der hier etwa die Rolle des Betriebsrats vertreten könnte, nur gehört zu werden, aber nicht zuzustimmen. Auch hier muß umgehend Wandel geschaffen werden, denn schließlich kann es nicht angehen, die Versicherten von einer Ortskrankenkasse, mit der sie zufrieden sind und die gute Leistungen gewährt, in eine Innungskrankenkasse zu überführen, über deren Leistungsfähigkeit bei ihrer Gründung doch noch gar nichts feststeht.

Das gute Einverständnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern — Deutschen und Franzosen —, das ist der Punkt, von dem alle politische Freiheit, aller zivilisatorischer Fortschritt in Europa, alle Demokratie und Bewirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unabweirlich abhängt! An diesem Punkt hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation — es ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie. Ferdinand Lassalle.

Italienische Reisebriefe

Von Fritz Kummer

I. Die schillernde Domburg

In Lavinia liegt ein einziger großer Platz ein mächtiger Dom. Er bildet ein Hauptzentrum für sich. Die meisten Gebäude mit dem hohen Charakter und dem breiten Tor lassen auf ein fantastisches Gebäude schließen. Man sagt sich, hier wurde für die Zukunft, für das kommende Geschick gebaut. Beim Betreten des Domes macht man eine seltsame Entdeckung. Das Gebäude hat nur zwei Eingänge, aber diese sind, wie das große Tor ist mit roten Marmorsteinen in Stein gegliedert. In den Marmorsäulen hängen verwitterte Arme von Frauen und Kindern. Einmal hat man sich dem Marmorsäulen in der Höhe und sieht durch ein Loch der Öffnung des Säulens, gewahrt man die Fingern eines großen Marmorsäulens. Hinter dem Säulen und hinter, engstirnige Frauengesichter und Marmorsäulen liegen sich gegenüber. Von den Säulen hängen Marmorsäulen und Marmorsäulen. Ein Marmorsäulen hängt, Marmorsäulen, an der Höhe, ein anderer hängt, Marmorsäulen, auf dem Marmorsäulen. Auf der Marmorsäulen bildet das Gebäude einen Hof, der nach der Höhe mit einer hohen Mauer abgeschlossen ist. Das Hof ist mit hohen Säulen verarmet. In den drei Marmorsäulen sieht man einen ersten Stock ein Marmorsäulen. Ein Teil des Hofes liegt auf dem Hof, ein anderer hängt hängt hoch. Säulen in den Säulen und Säulen alles nach und ist, nur Marmorsäulen herum. Unter Marmorsäulen der Marmorsäulen, ohne einen Hof auf dem Gebäude zu werden. Fragt man einen Marmorsäulen, was das für ein Gebäude ist, so erzählt man kurz zur Antwort: Gewerkschaftshaus! Mit diesen einem Wort hält der Geizhals die Anzüge für erledigt.

Dahin geht er weiter, es ist, als ob er befürchte, nach dem Modus und danach der Domburg zu gehen.

Dieser mächtige Hof war einst der Sammelplatz der Arbeiter. Hier hatten ihre Organisationen ihre Kanzleien und Versammlungsräume; hier wurde die sozialistische Arbeit gemeinsam verrichtet, Fremden und Leiden zusammen getragen und der mächtige Hof hat alles Gutes und Schlimme. Das war so bis vor etwas mehr als zwei Jahren. Eines Tages folgten aus vielen Parteien zugleich Fremden heranz. Ein hundert Gerechtigkeit, daß das Feuer mit Petroleum angefaßt war. Auch weniger Stunden war das Gewerkschaftshaus eine kalte Ruine. Die Zusammenkünfte und die Marmorsäulen, die Marmorsäulen und Mitglieder waren verbrannt, nur die Marmorsäulen stehen. Die Arbeiter Arbeiter hatte aber Angst ihr Heim, ihre Versammlungshäuser, ihre Höfe, ihren Zusammenkunft verloren. Aber die Brandstifter war sich jeder Arbeiter einig. Die Gewerkschaften, das ist die Marmorsäulen, das ist die Marmorsäulen, das ist die Marmorsäulen.

Der Wiederaufbau des Gewerkschaftshauses ist oft erwogen, aber einstweilen vernachlässigt worden. Man sieht und hört es für besser, die Organisationsarbeiten vorübergehend nicht mehr auf einen Hof zusammenzuführen. Denn die Marmorsäulen sind durch die Unterdrückung durch die Regierung noch mächtiger, noch gefährlicher geworden. Sie hätten, wären die Arbeiter wieder in einem Hofe zusammen, die letzte Möglichkeit, es mit einem Schläge zu vernichten. Diese Marmorsäulen bestimmen die Organisationen, sondern getrennt zu gehen. Damit ist man freilich die Versammlungsmöglichkeit nicht gewahrt, sondern nur etwas erzwungen. Vor einem Überfall ist keine Gewerkschaft ein Tag länger. Um nicht die Aufmerksamkeit des Marmorsäulen auf sich zu ziehen, trachten die Gewerkschaften ihre Tätigkeit unregelmäßig, in im Marmorsäulen zu verrichten. In Lavinia ist die Leitung des italienischen Metallarbeiterverbandes. Der an ihrer Kanzlei auch einen Zusammenkunft über

irgendwelchem Gewerkschaftszeichen sucht, tut das vergeblich. Weder außen noch innen ein Hinweis. Man ist offensichtlich bemüht, von sich nach außen hin kein Aufsehen zu machen. Auch mehr. Der Briefverkehr der Gewerkschaften ist nicht vor der Beschlagnahmung und Gefährdung sicher. Oft kommen Briefe aufgetrieben an oder mit allen Zeichen, daß sie geöffnet worden sind. So sieht man sich gehalten, Umschläge ohne jeden Ausdruck zu verwenden, überhaupt den gesamten Postverkehr so unangenehm wie nur möglich zu machen. Wer vom Auslande her italienischen Genossen Mitteilungen zu gehen lassen will, tut am besten beiden Seiten willen gut, unbedeutende, unbedeutende Umschläge zu benutzen, andernfalls damit zu rechnen ist, daß sie an der Grenze oder der Ankunftsstelle gelesen werden und irgendwo liegen bleiben.

Die Verletzung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Zwang, um im Verborgenen zu leben, hat noch unheilvollere Wirkungen, als man anfangs anzunehmen geneigt war. Die Zusammenarbeit ist unterwunden, der geistige Austausch ungenügend, die organisatorischen Beziehungen der Genossen untereinander bis auf Grundstücke zerfallen. Die Beratungen müssen in kleinen Sitzungen gepflogen werden, die Anteilnahme der Masse der Arbeiter oder der Berufsleute hat aufgehört. Man ist allerdings versucht worden, große Versammlungen einzuberufen, um auf diese Weise mit einer größeren Zahl von Genossen zu beraten und so wenigstens einigermaßen die geistige Verbindung aufrechtzuerhalten. Die Versuche sind jedoch, weil unabweirlich, ausgefallen. Zum ersten ist es schwer, einen Saal anzufinden, weil die Marmorsäulen es nicht mit der unabweirlich vorgehenden Behörde verberben wollen, zum anderen stehen, wenn mit Hof und Hof ein Saal gefunden, die Marmorsäulen mit Marmorsäulen und Marmorsäulen bereit, die Versammlung unter allen Umständen zu unterbrechen. Die Folge dieses Zustandes ist, daß sich die Mitglieder verarmen, der Organisation entfremdet werden und diese an Zahl und Leben beträchtlich eingebüßt hat.

Das Aufkommen unseres Monarchismus

Von Franz Lauffötter, M. d. R.

Als nach dem Zusammenbruch im November 1918 die Throne umkürzten und deren Inhaber anrissen wie alte Pflaumen, schien es, als ob für den Monarchismus in Deutschland die Todesstunde geschlagen habe. Die Nutznießer des monarchischen Systems verflochten sich und verleugneten ihre angestammten Landesväter wie Judas seinen Heiland. Sie fanden sich mit der Neugestaltung der Dinge ab und nach dem Spruche: „Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen“ fügten sie sich. In den ersten Wochen und Monaten nach der Revolution war der monarchische Gedanke in Deutschland tot und begraben, der republikanische Gedanke der Volkshoheit für den die edelsten Männer seit Jahrzehnten gekämpft und gelitten hatten, beherrschte Köpfe und Herzen und Gemüter.

Allmählich vollzog sich eine Umwandlung in der Volkstimmung. Der Monarchismus erwachte zu neuem Leben — eine Tatsache, mit der man sich als überzeugter Republikaner abfinden muß. Die Ursachen dieser jeßlichen Umstellung entspringen nicht der Vernunft, sondern lediglich dem Gefühl. Zunächst haben wir es hier zu tun mit der Vorliebe für das Alte, die Liebe zu dem, was in der menschlichen Natur steckt. Die Zahl jener Leute mehrte sich, die für „die gute, alte Zeit“ schwärmten, als noch die Fürsten in landesväterlicher Sorgfalt ihre Untertanen „zu Glimd und Wohlstand führten“. Man vergaß, wie es früher gewesen war, nur die Lichtseiten sah man, aber die schlimmen Schattenseiten deckte man mit dem Mantel der Liebe zu. Die Fürsten, die doch meistens Rabenväter gewesen waren und ihre Untertanen nach allen Regeln der Kunst ausgeraubert hatten, erstarrten im rosigen Schimmer, daneben erschienen die Mängel und Fehler der Nachkriegszeit in düstern Farben. Aus mangelnder Urteilsfähigkeit heraus schob man der Republik in die Schuhe, was doch nur Schuld des langwierigen, verlorenen Krieges war, gleich als ob das Deutschland der Nachkriegszeit in Ruhe und Wohlstand gelebt haben würde, wenn noch die Fürsten auf ihren Thronen gesessen hätten. Die Monarchisten, die wieder aus ihren Löchern hervorgekrochen waren, nutzten die Gedankenlosigkeit, Vergesslichkeit und Urteilsunfähigkeit aus, indem sie beharrlich auf die Republik schimpften und ebenso beharrlich die Monarchie in den Himmel erhoben. Auch spekulierten sie auf jene Gemütsregungen, aus denen die Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus entspringt. So wurde denn planmäßig der Boden des Monarchismus vorbereitet, die Keime monarchistischer Gesinnung, die in Kirche und Schule, in Vereinen und Feiern gepflanzt worden waren, wurden eifrig gegut und gepflegt.

Bei der Propaganda für den Monarchismus spielt die Behauptung eine wichtige Rolle, daß die monarchische Gesinnung den Deutschen angeboren sei, daß der Deutsche von Kindesbeinen an monarchisch sei bis auf die Knochen. Der Durchschnittsdeutsche, so lautet der Spruch, ist seinem Wesen nach Monarchist, von jeher war er in Treue seinem Fürsten ergeben, die starke Monarchie — dies ist der verhämte Ausdruck für den Absolutismus — war schon immer in Deutschland die gegebene Regierungsform, die gottverfluchte Republik aber ist fremdländisches Gewächs. Sie ist erst durch Sozialisten, Demokraten und Juden nach Deutschland importiert worden; sie gedeiht nicht auf deutschem Boden und es ist höchste Zeit, daß sie wieder ausgerottet wird.

Al das ist falsch. Es ist eine bewusste oder unbewusste Unwahrheit, eine freche Fälschung geschichtlicher Tatsachen. Denn in der Tat finden wir weder im deutschen Mittelalter, noch in der germanischen Urzeit irgendeine Spur von einer Monarchie oder von einer staatlichen Einrichtung monarchischer Art. Dazu waren unsere Vorfahren viel zu vernünftig und viel zu freiheitsliebend, um sich einem absoluten Monarchen als willenlose Sklaven unterzuordnen.

Bei den alten Germanen gab es keine Könige im heutigen Sinne. Der römische Geschichtsschreiber Tacitus in seiner „Germania“ sagt: „Könige wählt man nach ihrem Adel, Führer nach ihrer Tapferkeit. Doch auch der Könige Macht ist nicht ohne Schrecken, sie ist nicht Willkür, und die Führer wirken weit mehr durch ihr Vorbild, als durch ihre Macht... In wichtigen Dingen entscheidet die Volksgemeinschaft. Jeder Antrag wird vorher besprochen und beraten und dann wird in der Volksversammlung abgestimmt: mißfällt ein Antrag, so wird er durch Murren verworfen, gefällt er, so schlagen sie mit den Längen aneinander.“ Der königlich-preussische Geschichtswissenschaftler Felix Dahn, ein Hohenzollern-Verhämter, bestätigt die republikanische Staatsform in seiner Geschichte der germanischen Völker, indem er schreibt: „Auch in den sogenannten monarchischen Staaten war nicht der König der Souverän, sondern die Gemeinfreien waren die Souveränen. Nicht der König, sondern die Volksversammlung besaß die staatliche Volksgewalt, die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Waffenstillstand,

Vertrag und Bündnis, sie wählte den König, des Königs, des Gaugrafen, der Vorsteher der Hundertschaften und des Dorfes, sie hatte die Entscheidung über die Gesetzgebung... Selbst bei den altgermanischen Königen darf man nicht an Könige im heutigen Sinne denken. Diese sind Monarchen, das heißt Träger der Staatsgewalt kraft eigenen Rechtes. Das waren jene Könige durchaus nicht, sie waren vielmehr gewählte Beamte ihres Volkes. Träger der Staatsgewalt war die Volksversammlung der freien Männer.“ Der bekannte Geschichtsschreiber Bruno Gebhardt in seinem „Handbuch der deutschen Geschichte“ kommt zu dem gleichen Ergebnis: „Der Träger der staatlichen Souveränität ist die versammelte Volksgemeinde. Sie übt die hohe Gerichtsbarkeit über Leben und Tod, sie entscheidet über Krieg und Frieden, sie wählt den Gaugrafen, den Herzog, den König oder wer sonst den Staat leiten soll.“ Auch im eigentlichen Mittelalter war, nach der Darstellung der Geschichtsschreiber, von einem Erbprinzip oder gar von einem Gottesgnadentum nirgends die Rede. Die Volksgemeinschaft hatte in allen Dingen die Entscheidung, die Fürsten waren lediglich die ausführenden Beamten wie die heutigen Minister, Reichskanzler und Präsidenten.

Es nützt ja doch nichts...

„Es nützt ja doch nichts... mir hilft kein Verband!“
So spricht der Mann, der den Verband noch meidet.
Er ist noch stolz auf seinen Unverstand,
Der ihm die Rute der Entrechtung schneidet.
Er lamentiert, wenn er ins Elend fällt,
Er schimpft empört, will ihm sein Lohn nicht langem,
Doch will er immer seinen Teil empfangen,
Wenn etwas der Verband erringt.

Es nützt ja doch nichts... Dies süßde Wort
Ist die Devise eines geistig Blinden.
Er hofft nicht mehr, sein Kampfgewiss ist verdorrt,
Er ist nicht fähig, Unrecht zu empfinden.
Er wehrt sich nicht, wenn ihn Gewalt bedrückt,
Ballt nicht die Faust, wenn ihn die Willkür schindet,
Wenn ihm sein Herz das letzte Recht entwindet,
Hält er den Rücken tief gebückt.

Es nützt ja doch nichts... Freund, sei lieber still!
Aus keinem Reim entsteht die harte Eide.
Sie trotzt dem Sturm, der sie entwurzen will,
Und beugt sich nicht dem Wüten seiner Streiche.
Aus diesem Beispiel folgt der schlichte Schluß:
Der Schwache wird getöschelt und gebüßelt,
Doch vor dem Starken, der am Alten rüttelt,
Beugt sich der Gegner, weil er muß.

Wolff Lauffötter

Wie man da von einem Monarchismus reden kann, erscheint unbegreiflich. Es gehört wahrlich eine ungewöhnlich eiserne Stirn und ein hohes Maß von Verlogenheit dazu, um die Behauptung zu wagen, daß in früheren Zeiten ein Monarch in Deutschland die Souveränität über sein Volk gehabt habe. Aber die Monarchisten, die sich um Hindenburg scharen, sind es ja gewohnt, zu schwinden und zu verdrehen nach dem Grundsatze, daß der Zweck die Mittel heiligt. Man lese nur die geschichtlichen Vorkämpfer in den Schulbüchern, man höre nur die Reden in den „vaterländischen“ Verbänden, in den Kriegervereinen und Jugendverbänden, und man muß staunen über die Fälschungen und Entstellungen, mit denen Fürsterverhämmerung getrieben und Knechtsgegnung geübt wird.

Die Geschichte lehrt uns, daß der Monarchismus in Deutschland erst gegen Ende des Mittelalters aufgefunden ist. Die Macht und der Einfluß der deutschen Fürsten war in der Blütezeit des Mittelalters sehr beschränkt, der deutsche König, der oberste Herrscher, führte nur ein Schattenleben, Bürger und Bauern hatten das weitgehendste Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Das wurde anders, als die Reichsfürsten sich immer mehr vom Königtum unabhängig machten, wobei sie selbst vor Bündnissen mit ausländischen Fürsten nicht zurückschreckten. Sie waren bemüht, ihre Hausmacht zu vergrößern und die einstmaligen freien Bürger und Bauern zu recht- und willenlosen Untertanen herabzudrücken. Sie erstrebten das Alleinbestimmungsrecht in allen öffentlichen Angelegenheiten. Auch über den privaten Besitz und die persönlichen Angelegenheiten machten sie sich das Verfügungsrecht an. Selbstverständlich lehnten sich Bürger und Bauern zur Wehr gegen die beginnende Unterdrückung — es sei nur erinnert an den großen deutschen Bauernkrieg von 1525 —, aber gegen die Übermacht der fürstlichen Tyrannen waren sie machtlos.

Den Fürsten waren zwei Dinge zugute gekommen: die Erfindung der Feuerwaffen und die Errichtung

lebt in der Arbeiterbewegung Italiens, nur wenig geschwächt, weiter. Und wo immer er eine ungehinderte Ausdrucksmöglichkeit hat, zeigt er seine Unverwundlichkeit, seine Stärke. Wie wahr das ist, bezeugt der Ausfall der letzten Parlamentswahl, bei der im Turiner Kreis ohne nennenswerte Organisation und ohne eine Zeitung 81.000, in ganz Italien 782.000 sozialistische Stimmen (und 268.000 kommunistische) abgegeben wurden. Man mag das geringfügig nennen neben den 4.653.000 katholischen Stimmen; aber es ist doch viel, sehr viel in Anbetracht der unheilvollen Folgen der namenlos anstößigen Vertriebsbelegung, der darauf kommenden Enttäuschung und schließlich und vor allem der tollwütigen Gewalttätigkeit der Faschisten gegen alles, was sozialistisch ist. Die Tatsache, daß unter solch beipflichtenden Umständen noch eine derartige Stimmengabe aufgebracht wurde, ist verheißungsvoll für die Zukunft der sozialistischen Bewegung.

Die Mehrzahl der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl ist freilich bedeutend schwieriger, als die der sozialistischen Stimmengabe. Denn in der Gewerkschaft werden von jedem einzelnen Mitgliede Forderungen und schwerere Opfer verlangt. Durch die gewerkschaftliche Tätigkeit wird öfter die Stellung und der Broterwerb aufs Spiel gesetzt. Und hier ist dem Feind eher die Möglichkeit der Überwachung wie der Hand gegeben, zumal wenn das gemeinschaftliche Denken und Handeln, der geschlossene Widerstand vermögen erschwert, unterbunden ist. Es ist daher begreiflich, daß der sozialistische Durchbruch die Gewerkschaften tiefer gedrückt hat und ihre Wiedererholung unendlich schwieriger ist. In welchem Maße dies der Fall ist, mögen die folgenden Zahlen veranschaulichen.

In dem für Italien so hochindustriellen Turin, mit einer Bevölkerung von 620.000, sind 35.000 Metallarbeiter beschäftigt. Mehr als die Hälfte dieser Berufsgruppe arbeitet in einem Unternehmen, in dem weltbekanntes Fiat-Fabrikat (Automobile). Die Mitgliederzahl der Turiner Metallarbeiter-Zeitung ist also ziemlich hochgeschätzt

stehender Heere, auf die sie sich mit Erfolg stützten. Mit Hilfe der gedrückten Soldateska, im Bunde mit Fluten und Kanonen, vernichteten die Fürsten die mittelalterliche Gemeindefreiheit und richteten die Zwangsburg des Absolutismus auf. Jetzt schroll ihnen der Kamm ganz gewaltig: sie nannten sich Fürsten von Gottes Gnade und sonnten sich im Glanze der Gottähnlichkeit. Der kleinste Duobezirker, von denen dreizehn auf ein Dutzend gehen, dünkte sich ein halber Herrgott und blähte sich auf wie ein Puterhahn. Die hohen, höchsten und allerhöchsten Herrschaften fordereten unbedingten Gehorsam und schrankenlose Unterwürfigkeit. Von ihren bezahlten Kreaturen wurden sie verhimmelt und als Wundertiere gepriesen, die Untertanen wurden planmäßig zur Hundedemut und zur Sklavengesinnung erzogen. Hier haben wir die Quelle der monarchischen Gesinnung, die im absoluten Monarchen ihr Ideal erblickt.

Aber schon regte sich der Widerstand gegen Absolutismus und Monarchismus. Besonders das aufstrebende deutsche Bürgertum war der Träger dieser Bewegung: das bürgerliche Selbstbewußtsein lehnte sich auf gegen die Entwürdigung und Entrechtung durch das Gottesgnadentum. Schiller forderte Männerstolz vor Königsthronen, Kant und Fichte forderten das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, alle hervorragenden Männer an der Schwelle der Neuzeit lehnten es ab, Fürstentümern zu sein. Ein Sehnen nach Freiheit und Recht ging durch die deutschen Gauen. Begeisterte Jünglinge entfalteten das alte, schwarzrotgoldene Reichsbanner und kämpften für ein einiges, freies Deutschland. Zunächst wurde die Forderung gestellt auf ein Mitbestimmungsrecht der Bürger und Bauern in Staat und Gemeinde, die absolute Monarchie sollte durch eine konstitutionelle Monarchie ersetzt werden. Im Hintergrunde tauchte bereits der Gedanke einer deutschen Volksrepublik auf, der von weitlichtigeren, fortgeschrittenen Geistern propagiert wurde.

Die Gottesgnadenmenschen und ihre Soldknechte verteidigten ihren Absolutismus mit Hörnern und Klauen. Sie suchten jede freiheitliche Bewegung rücksichtslos zu unterdrücken. Nach den sogenannten Freiheitskriegen, in denen die deutschen Fürsten in schlotternder Angst die weitgehendsten Versprechungen gemacht hatten, wurden alle diese schönen Verheißungen vergessen. Es folgte eine Reaktion ein, die beispiellos dasticht in der Geschichte. Man braucht nur ein paar Namen zu nennen und jedermann weiß Bescheid: der Freiheitsdichter Moritz Arndt wurde seines Amtes als Professor entsetzt, der Turnvater Fahn gemahregelt, der Dichter Hoffmann von Fallersleben traf das gleiche Schicksal, sieben Göttinger Professoren, darunter die Brüder Grimm, wurden von der Universität gejagt, der Pfarrer Weidig wurde im Gefängnis meuchlings ermordet, der Student Fritz Reuter wurde zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“, weil er ein schwarzrotgoldenes Band im Knopfloch getragen hatte.

Das war die gute, alte Zeit, in der die monarchische Gesinnung als edelste Blüte dem deutschen Gemüte aufsprang. Haß und Rache, Herrschsucht und Machtgelüste, Größenwahnsinn und Verfolgungsmut, Unterdrückungslust und Unduldsamkeit — hier entbeden wir den Nährboden des deutschen „angeborenen“ Monarchismus. Wer solche Zustände wieder gärdewünscht, der darf sich dann auch nicht wundern, wenn man ihn seiner Sklavengesinnung entsprechend als Sklave behandeln wird.

Das Monopol auf rostfreien Stahl

In dem Aprilheft des Mitteilungsblattes des VDA lesen wir: Die Erfindung der Firma Krupp, Stahl rostunempfindlich zu machen, ist während des Krieges von der englischen Firma The Siris Smearies Stainless Steel Syndicate Ltd. übernommen worden. Beide Firmen haben ein Patent auf die Erfindung. Anfang März 1926 ist zwischen den beiden Firmen eine Verständigung in der Weise geschlossen, daß alle Verbraucher und Bearbeiter von rostfreiem Stahl in allen Ländern der Erde diesen Stahl nur von Krupp oder der englischen Firma beziehen dürfen oder von den von den beiden Firmen bestimmten weiteren Firmen. Für Deutschland und Österreich hat die Firma Krupp mit folgenden Firmen ein Abkommen getroffen: Bergische Stahlindustrie in Remscheid, Stahlwerk Beder in Wülfrath, Rheinmetall in Düsseldorf, Stahlwerk Süder- und Nördling in Weslar und Glödenhahle in A.-G. in Remscheid.

Soweit die Fabrikation von feinen Stahlgarnen in Betracht kommt, ist der Absatzmarkt für Fertigfabrikate zwischen der Salinger und der Scheffelder Stahlgarnindustrie aufgeteilt. Deutsche Fabrikanten dürfen nicht nach England und Frankreich senden und nach Japan und den Vereinigten Staaten nur dann, wenn die Firma Krupp dies erlaubt. Die beiden Firmen werden also künstlich den Umfang der Produktion und die Preise von rostfreiem Stahl bestimmen. Für Stahlgarnen, chirurgische Instrumente u. a. ist der nicht rostende und unter Säurewirkungen beständig bleibende Stahl von großer Bedeutung. Die Erfindung sollte ohne Patentmonopol der ganzen Welt gehören. Nach dem geltenden Recht läßt aber zwei Firmen ein Monopol aus, das ihnen die höchsten Preise sichert und gestattet, die Fabrikation von Fertigfabrikaten aus rostfreiem Stahl ganz unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Das ist die gottgewollte Ordnung!

Der auf dem engen Raum eines Unternehmens zusammengeballt. Und Metallarbeiterverband mußte im Jahre 1921 in Turin 28.000 Mitglieder, 1925 aber nur noch etwa 2000. Die Gesamtmitgliedschaft betrug 1921 180.000, heute bloß noch 24.000. Diese Zahl ist eher zu hoch, als zu niedrig gegriffen. Auf wieviel Ortsgruppen sich diese 24.000 Mitglieder verteilen, ist schwerlich bestimmt zu sagen. Es wurden mir 95 genannt, doch hängt ihre Zahl von den politischen Umständen, von der guten Laune der Faschisten ab. Heute sind es mehr, morgen weniger, aber ungeachtet. Wenn es den Faschisten oder deren Auftraggebern beliebt, findet ein Sturm auf die Ortsgruppe statt, die Lokale werden mit Schwarzhemden besetzt, die Funktionäre in die Flucht geschlagen, die Mitglieder eingeschüchtern — und die Ortsgruppe ist verschwunden. Nach einiger Zeit wagen es ein paar ganz Besessene, die auseinandergetriebene Gruppe wieder zu sammeln — wenn sie wieder etwas erlärkt ist, treten die Schwarzhemden zu neuem Sturm an.

Daß es unter solchen Umständen mit der Fälschung der Mitglieder und der Gruppen arg hapert, ist einleuchtend. Der Mitgliederbestand schnell auf und nieder, was in einem Orte aufgebaut, führt in einem andern wieder zusammen. Es gehört ein beträchtliches Maß von Begeisterung und Selbstverleugnung dazu, bei solchen Widerwärtigkeiten auf dem Posten zu bleiben. Unser italienischer Bruderverband beschäftigt zurzeit elf besoldete Beamte, fünf am Hauptort, sechs in den Ortsgruppen (1921/22). Von der Mäßigkeit dieser Beamten kann man sich kaum eine richtige Vorstellung machen. Ständig vom Befehrsdienst beschwert, daß ein Überfall stattfindet, immer von dem Bewußtsein gedrückt, daß das, was durch große Anstrengung erreicht, aber Nacht zerstört werden kann, nie frei von der Gewißheit, daß der Großteil der Masse umsonst gemacht ist. Nur Männer von biblischem Apostelglauben und ganzer Hingabe an die sozialistische Sache erfüllt, vermögen auszuhalten und sich den Gläubigen an einen Wandel zum Besseren zu erkalten.

Was von der gewerkschaftlichen Organisation gesagt ist, gilt auch für die politische. Turin, das mit Mailand und Genua zu den drei größten Industriestädten Italiens gehört, hat seine sozialistische Zeitung durch die faschistische Gewalt Herrschaft verloren. Die Zeitung, wieder eine zu schaffen, ist unter dem gegenwärtigen Zustand der faschistischen Allmacht nicht eben groß. Nicht ganz so trübselig steht es in andern Städten oder Gegenden. Die sozialistische Bewegung Italiens heißt zurzeit drei Tageszeitungen (und eine kommunistische), daneben noch etwa 25 Wochenblätter. Ihr Weiterbestand indes hängt an Zwangsmaßnahmen. Die Blätter sind keinen Tag vor der Zensur und des völligen Verbotes sicher. Die Verbote von Aufsätzen wie die Konfiskationen sind so häufig geworden, daß man sich kaum noch die Mühe nimmt, sie zu zählen. Die sozialistische Unterdrückungslust bleibt indes nicht auf die sozialistische Presse beschränkt; auch die oppositionellen bürgerlichen Blätter haben schwer darunter zu leiden. Immerhin hat die sozialistische Arbeiterzeitung in Großstädten wie Genua und Mailand und in kleineren Industriestädten noch eine, wenn auch gefährdete, ständig unterbrochene Möglichkeit der geistigen Verbindung, ein Vorteil, der der Arbeiterzeitung des industriellen Turin fehlt. Es lag nahe, die zerstückelte Verbindung durch die Gewerkschaftspresse wieder zu schürzen. Das war leichter geplant, als ausgeführt. Hinter einem Gewerkschaftsblatt sind die Faschisten, die Agenten des Großunternehmens, eher noch rücksichtloser her, als hinter einem sozialistischen. Außerdem mangelt es infolge der starken Mitgliederverluste an Mitteln. Neuerdings verjagt der Metallarbeiterverband einen Ersatz für seine eingegangene Zeitung zu schaffen. In andern Verbänden soll das gleiche in Vorbereitung sein. Der sozialistischen Gewalttätigkeit ist gewiß viel, aber doch nicht alles gelungen. Es gelang ihr wohl, die Gewerkschaftsbewegung zu zerbrechen, zu einem großen Teile zu vernichten und die Arbeiterpresse zu knebeln, aber die Hauptfrage, den sozialistischen Geist zu erlösen, hat sie nicht zu erlösen vermocht. Der sozialistische Gedanke

Wahl der Vertreter zum 12. ordentlichen Gewerkschaftskongress

am 31. August 1925 und die folgenden Tage in Breslau

Wahl der Vertreter zum

12. ordentlichen Gewerkschaftskongress

am 31. August 1925 und die folgenden Tage in Breslau. Auf je 15000 Mitglieder der durchschnittlichen Mitgliederzahl für 1924 entfällt ein Vertreter. Zur Vornahme der Vertreterwahlen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden folgende Wahlabteilungen gebildet:

- Bezirk Berlin.** 4
- Bezirk Bielefeld.** 2
- Bezirk Brandenburg.** 2
- Bezirk Breslau.** 2
- Bezirk Dresden.** 1, 2, 2
- Bezirk Erfurt.** 4
- Bezirk Essen.** 4
- Bezirk Frankfurt.** 1
- Bezirk Gagen.** 8
- Bezirk Halle.** 1
- Bezirk Hamburg.** 1

- Bezirk Hannover.** 1
- Bezirk Köln.** 1
- Bezirk Königsberg.** 1
- Bezirk Nürnberg.** 1
- Bezirk Stettin.** 1
- Bezirk Stuttgart.** 1
- Bezirk Tübingen.** 1
- Bezirk Weimar.** 1
- Bezirk Wuppertal.** 1
- Bezirk Zwickau.** 1
- Vorstand.** 2
- Zusammen.** 60

Wird eine Mehrheits- und eine Minderheitsliste in Vorschlag gebracht, so kann jede der beiden Listen Kandidaten bis zur 1/3fachen Zahl der zu wählenden Delegierten benennen, mindestens jedoch einen mehr, wie zu wählen sind. Diese beiden Kandidatenlisten gelten als gebunden und sind bei der Wahl als Liste A resp. B, beginnend mit dem Namen des an erster Stelle stehenden Kandidaten zu bezeichnen. Von der obliegenden Liste gelten, beginnend mit dem an der Spitze stehenden Kandidaten, nach der Reihenfolge der aufgestellten Kandidaten so viele als gewählt, wie Delegierte zu wählen sind. Ist einer dieser gewählten Delegierten verhindert, an dem Gewerkschaftskongress teilzunehmen, so tritt der auf der obliegenden Liste an nächster Stelle stehende Ersatzmann an seine Stelle.

Wird nur eine Kandidatenliste vorgeschlagen, darf dieselbe nicht mehr als die doppelte Zahl Namen enthalten, wie Delegierte zu wählen sind. Bei einer Kandidatenliste gelten bei der Wahl diejenigen Kandidaten als gewählt, auf die die höchsten Stimmzahlen entfallen sind.

In den Verwaltungsteilen, die mit anderen gemeinsam eine Wahlabteilung bilden, erfolgt die Aufstellung der Kandidaten ebenfalls in Mitgliederversammlungen. Zulässig ist auch hier im gleichen Sinne wie bei Verwaltungen, die selbständige Wahlabteilungen bilden, die Aufstellung zweier Kandidatenlisten. Werden hier zwei Listen aufgestellt, darf jede der beiden Listen nur einen Namen enthalten, wie Delegierte zu wählen sind. Wird in einer Verwaltung nur eine Kandidatenliste vorgeschlagen, ist eine Benennung von Kandidaten bis zur doppelten Zahl der zu wählenden Delegierten zulässig. Bei Einreichung zweier Vorschlagslisten ist der eine Vorschlag mit A, der andere mit B zu vermerken. Mit dieser Bezeichnung und gleichzeitiger Namensnennung aller vorgeschlagenen Kandidaten stellt die Bezirksleitung sämtliche aus den einzelnen Verwaltungen gemachten Vorschläge zusammen und übermittelt dieselben allen Mitgliedschaften, die zu einer Wahlabteilung gehören, zur Wahl. Gewählt sind bei diesen Wahlabteilungen die Kandidaten, auf deren Namen die höchste Stimmzahl entfällt. Von den unterlegenen Kandidaten gilt der mit der nächstfolgenden Stimmzahl als Ersatzmann.

In den Wahlabteilungen, zu denen eine größere Anzahl Verwaltungsteile gehören — was durchgängig der Fall ist —, empfiehlt sich zur Vermeidung einer starken Stimmzersetzung unter Vermittlung der Bezirksleitung eine Verständigung über die Zahl der aufzustellenden Kandidaten und über die Verwaltungsteile, die die Vorschläge einreichen sollen.

Die zur Aufstellung der Kandidaten einzuberufenden Versammlungen müssen den Mitgliedern durch Handzettel oder durch Ausschreibung in der Presse rechtzeitig und ausreichend bekannt gemacht werden. Erscheinen mehrere Arbeiterzeitschriften am Orte und soll die Ausschreibung der Versammlung in der Presse erfolgen, so hat diese Ausschreibung in allen Arbeiterzeitschriften zu erfolgen.

Die Abstimmung in den Mitgliederversammlungen über die Kandidatenvorschläge ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettel.

Vor der Aufstellung der Kandidaten und bei der Wahl der Delegierten darf eine unlautere Agitation zugunsten bestimmter Personen nicht erfolgen. Dagegen ist selbstverständlich eine offene Aussprache über die Kandidatenvorschläge vor der Abstimmung zulässig. Kandidaten auf ein gebundenes Mandat zu verpflichten, ist unzulässig.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Wahlberechtigt ist jedes Verbandsmitglied ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Mitgliedschaft, das am Tage der Wahl nicht länger als sechs Wochen mit den Beiträgen im Rückstand ist (§ 21 Abs. 1a des Statuts).

Wählen kann ein Mitglied nur in der Verwaltungsteile, in die es zurzeit in der Mitgliederliste eingetragen ist und sich durch das Mitgliederbuch ausweist; gewählt können jedoch auch solche werden, die einer anderen Verwaltungsteile angehören.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können an dem Verbandsort wählen, an dem sie sich am Wahltag befinden, jedoch ist hinter ihrem Namen in der Wählerliste der Vermerk „auf der Reise“ zu machen.

Wählbar ist, wer nach § 95 Abs. 2 dem Verband ununterbrochen 156 Wochen angehört und für diese Zeit seine Beiträge an den Verband entrichtet hat.

Wahlbezirke.

Jeder Ort, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert, kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbeteiligung in mehrere örtliche Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahlraum (wenn in einer Wirtschaft, nach Möglichkeit ein Nebenraum, das nicht dem allgemeinen Wirtschaftsvorteil dient) zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen.

Die Entscheidung darüber, ob ein Ort in mehrere Wahlbezirke eingeteilt werden soll, sowie über die Zahl derselben und die Bestimmung der Wahlbezirke und Wahlräume selbst sowie die Ernennung der Wahlvorstände erfolgt durch die Ortsverwaltung.

Wahlvorstand kann jedes Verbandsmitglied werden. Freiwillig sich hierzu zur Verfügung stellende Mitglieder sind bei der Ernennung möglichst zu berücksichtigen.

Die Einteilung der Wahlbezirke, die Bezeichnung der Wahlräume, der Wahltag und die Wahlzeit ist den Mitgliedern in geeigneter Weise durch Zirkular oder Bekanntmachung in der Presse, mindestens jedoch drei Tage vor Stattfinden der Wahl bekannt zu geben.

Dabei sind die Mitglieder allgemein auf ihre Pflicht der Teilnahme an der Wahl aufmerksam zu machen und zur regen Beteiligung aufzufordern.

fragen und manchen neuen Einblick in die Gesundheitsverhältnisse einer Stadt erhalten. Wenn also der Statistiker seine Arbeit beendet hat, dann beginnt der Wirtschaftspolitiker, der Arzt, der Kaufmann seine Arbeit und damit beginnt die Statistik Einfluss auf das öffentliche Leben auszuüben.

Die Aufarbeitung der aus der Statistik gewonnenen Ergebnisse kann aber noch weiter gehen als hier angedeutet wurde. Man kann die Ergebnisse der einzelnen Jahre einander gegenüberstellen (in derselben Stadt oder in mehreren Städten), man kann die einzelnen Monate, einzelne Stadtbezirke bilden, Altersgruppen und Wohlhabensstufen bilden. Das solche besondere Gruppierungen neue Gesichtspunkte bringen können, bedarf keines besonderen Beweises. In all diesen Fragen ist die Statistik mit einer Laterne vergleichbar, mit der man die über jene Gegenstände abstrahiert und mit der man Zustände und Handlungen bestimmter Art beleuchtet.

In ähnlicher Weise kann die Statistik auch in gewerblichen und handwerklichen Unternehmungen manches aufhellen: Arbeitszeit und Arbeitsleistung können festgestellt und Verhältniszahlen berechnet, der Umsatz nach Monaten und Jahren berechnet werden. Verwaltungsstellen in Beziehung zu den Produktionskosten gesetzt und Gewinn und Verlust nach Monaten und Jahren festgestellt werden. Ein- und Verkauf, Kasse- und Kreditgeschäfte können statistisch erfasst und ihr Verhältnis zueinander berechnet werden. Was für die amtlichen Statistiken gilt, ist auch für die privaten und betrieblichen Statistiken zu beachten: Zahlenreihenfolge sollen nicht errichtet werden. Was statistisch erfasst werden soll, ist vorher genau zu überlegen. Die Erhebungen müssen voraussichtlich neue Einsichten, Klarheit und Genauigkeit bringen. Also: Was einmal statistisch erfasst ist, soll auch für die praktischen Bedürfnisse möglichst zweckmäßig gemacht werden. So wird die Statistik ein ausgezeichnetes Mittel zur Aufklärung, zum wirtschaftlichen, betrieblichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

10 mal 100, 20 mal 110 und 5 mal 120 gewählt worden. Der höchste Wert ist dann 110. Wer für seine Berufsarbeit Mittelwerte braucht, sollte die anzuwenden, die für ihn jeweils am geeignetsten zur Lösung seiner Aufgaben sind. Sind die Zahlen von anderen schon angegeben, kann genügt es meist, ihre Richtigkeit festzustellen. Drängt aber die Zeit und man sich selber schnell einen Überblick schaffen, dann mag man nach dem dichtesten Wert forschen, denn er ist unter Umständen mit einem Bild zu erhalten.

Verhältniszahlen

Sie dienen der Übersichtlichkeit und leichten Behaltbarkeit als die Grund- oder absoluten Zahlen. Daneben haben sie aber noch eine besondere Bedeutung. Die Verhältnis- oder Beziehungszahlen werden in ein Verhältnis zu anderen Zahlen gebracht, um eine tiefere Einsicht in die Vorgänge der Wirtschaft oder menschlicher Handlungen zu bringen. So ist zum Beispiel die Anzahl Großbritannien in der Zeit von 1800 bis 1913 um 3306 Millionen Mark gestiegen. Das ist eine ganz erhebliche Vermehrung des Kaufkraftvermögens. Viel deutlicher aber zeigt sich diese Steigerung, wenn man diese Zahlen mit der Zunahme der Bevölkerung Großbritannien in Beziehung setzt. Da ergibt sich auf den Kopf der Bevölkerungszunahme 424 $\frac{1}{2}$ Mark. Vergleicht man damit die entsprechenden Zahlen Deutschlands, dann sieht man, dass zwar die Grundzahlen erheblich höher als die Großbritannien sind, die Verhältniszahlen aber kleiner: Die Zunahme des deutschen Kaufkraftvermögens betrug in jener Zeit 4149,2 Millionen Mark, das macht auf den Kopf der Bevölkerungszunahme umgerechnet, 259 $\frac{1}{2}$ Mark. Gerade das Beispiel der Bevölkerungszunahme ist für die statistische Betrachtung sehr lehrreich. Sieht man (und das ist oft geschehen) nur die Grundzahlen verschiedener Länder in derselben Zeit einander gegenüber, dann erfährt man daraus, wie sich die Kaufkraftverhältnisse verhalten. Will man aber wissen, in welchem Maße ein Land seine Kaufkraft im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl und besonders im

Wahlleitung.

Für jede Wahlabteilung wird eine Wahlleitung gebildet. Diese besteht in den Verwaltungsteilen, die für sich eine selbständige Wahlabteilung bilden, aus der Ortsverwaltung, in den aus mehreren Verwaltungsteilen zusammengesetzten Wahlabteilungen aus der Bezirksleitung. Als Vorsitzender der Wahlleitung fungiert in den selbständigen Wahlabteilungen bildenden Verwaltungsteilen der Bevollmächtigte, in den zusammengesetzten Wahlabteilungen der Bezirksleiter oder ein Vertreter desselben. Der zum Gewerkschaftskongress kandidiert, kann einem Wahlvorstand nicht angehören.

Vorschläge und Aufstellung der Kandidaten.

In den Verwaltungen, die selbständige Wahlabteilungen bilden, steht den im Statut (§ 95 Abs. 4 und 5) vorgesehenen Mitgliederversammlungen das Recht von Kandidatenvorschlägen zu. Sind in einer Mitgliederversammlung mehrere Strömungen vorhanden, so hat neben dem größeren Teil der Versammlung (Mehrheit) die nächstgrößte Gruppe (Minderheit) das Recht, eine Kandidatenliste vorzuschlagen, wenn sie mindestens 10 Prozent der in der Versammlung anwesenden Mitglieder vertritt. Mehr als zwei Kandidatenlisten sind nicht zulässig.

Verhältnis zu einer Bevölkerungszunahme zu vermehren vermocht hat, dann mag man diese Zahlen zu jenen (wie es hier geschehen ist) in Beziehung setzen. Damit ist der besondere Wert der Verhältniszahlen gekennzeichnet. Zum besseren Verständnis seien aber noch einige andere Beispiele hinzugefügt.

Es fanden in drei Hauptstädten im Jahre 1910:

Zodensurfrage	Berlin	Kom	Krönitz
Typhus	74	185	4
Diphtherie und Krupp	697	141	51
Lungen tuberkulose	5638	948	452
Krebs	2415	528	215

Mit diesen Zahlen ist fast gar nichts anzufangen. Wir sehen wohl daraus, daß in der einen Stadt mehr, in der anderen weniger an dieser oder jener Krankheit sterben, aber die einander gegenübergestellten Städte haben ganz verschiedene Einwohnerzahlen. Erst wenn man dasjenige Verhältnis hergestellt, die Sterbefälle der einzelnen Städte und die Einwohnerzahlen in dasjenige Verhältnis gesetzt hat, bekommen die Zahlen einen Sinn. Rechnet man aus, wieviel Personen auf 100 000 Einwohner sterben, so ergibt sich dieses Bild:

Zodensurfrage	Berlin	Kom	Krönitz
Typhus	8,8	26,4	1,6
Diphtherie und Krupp	33,9	24,0	20,9
Lungen tuberkulose	178,9	160,4	188,2
Krebs	117,6	89,8	88,1

Diese Zahlen nennt man auch Häufigkeitszahlen (weil sie zeigen, wie oft unter 100 000 Einwohnern solche Todesursachen vorkommen). Angenommen, die genannten Zahlen seien richtig, dann geben sie sehr zum Nachdenken Anlaß. So zum Beispiel: Warum sind die Typhuszahlen in Berlin höher als in Krönitz, woher kommt die besonders hohe Zahl in Kom? Und warum mag Kom hierbei weniger Krupp- und Diphtheriefälle haben als Berlin? So kann man hin und her

Wahltag und Wahlzeit.

Die Wahl erfolgt am

Sonntag den 12. Juli 1925

in der Zeit zwischen vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr.

In den Verwaltungstellen, in denen noch Hochöfenbetriebe mit ständiger Besetzung vorhanden sind, kann auf Antrag eine andere Wahlzeit festgesetzt werden, die jedoch für alle Wahlbezirke der Verwaltungstelle gleich sein muß, für die die Ausnahme bewilligt wurde. Die Dauer der Wahlzeit darf auch in diesem Falle sechs Stunden nicht überschreiten.

Aber die Gewährung von Ausnahmen entscheidet für Verwaltungstellen mit selbständigen Wahlabteilungen der Vorstand, für die aus mehreren Verwaltungstellen zusammengesetzten Wahlabteilungen die Bezirksleitung.

Unzulässige Wahlagitator.

Die festgesetzte Wahlzeit ist nur zur Vornahme der Wahlhandlung zu benutzen. Die Erledigung anderer Verbandsgeschäfte, Erörterungen über Verbandsangelegenheiten und sonstige Diskussionen sind während derselben zu unterlassen. Der Wahlvorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß derartige Diskussionen und die Wahlhandlung föhrende Geschäftserledigungen während derselben unterbleiben; er kann Mitglieder, die seinen darauf bezüglichen Anordnungen mehrfach zuwiderhandeln, aus dem Wahlraum verweisen.

Jede Beeinflussung eines Wählers zugunsten dieses oder jenes Kandidaten ist im Wahlraum vor oder während der Wahlhandlung zu unterlassen, damit die Mitglieder frei und unbeeinträchtigt ihre Stimme abgeben können.

Die Wahlagitator ist sachlich zu führen. Unzulässig und als unlautere Agitation gilt die Bekämpfung von Kandidaten durch Aufstellung unwahrer Behauptungen, die eine persönliche Herabsetzung von Kandidaten bezweckt.

Unzulässig sind Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen an die Mitglieder und Vertrauensleute zugunsten Vorgesetzter, die die vermeintlichen Vorzüge eines Vorgesetzten gegenüber einem anderen hervorheben. Unzulässig ist auch die unvollständige Wiedergabe der Namen der aufgestellten Kandidaten in Versammlungsberichten, wie auch die besondere Hervorhebung der eigenen Kandidatenvorschläge in Verwaltungstellen zusammengesetzter Wahlabteilungen.

Jede nach diesen Vorschriften unzulässige Wahlagitator hat die Ungültigkeitserklärung des gesamten Wahlergebnisses in dem betreffenden Wahlraum, beziehungsweise Verwaltungsstelle zur Folge.

Die weiteren Bestimmungen der Wahlordnung regeln die Wahlleitung und die Wahlhandlung, die Einteilung der Wahlbezirke, die Einfindung derselben an den Vorstand und die Bezirksleiter, die Ungültigkeitserklärung von Wahlergebnissen und Stimmzetteln und die Mitteilung des Ergebnisses der Wahlen an die Mitgliedschaften der einzelnen Wahlabteilungen.

Das Wahlreglement in den Verwaltungstellen bereits aufgestellt worden, so daß die Vorbereitungen zur Wahl getroffen werden können. Am Wahltag liegt die Wahlordnung in den Wahllokale zur Einsicht auf.

Stuttgart, den 16. Mai 1925.

Der Vorstand.

Unfallversicherung

Die Unfallversicherung bedeutet die zivilrechtliche Haftung der Unternehmer versicherter Betriebe zu begründen. Nur dann haben Unternehmer und ihre verantwortlichen Angehörigen den Versicherer oder deren Hinterbliebenen für Schadenersatz aus Betriebsunfällen, wenn strafgerichtlich festgestellt wird, daß sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben; diese Haftung beschränkt sich jedoch auf den Betrag, um den die Verantwortlichkeit die Unfallversicherung aus der Unfallversicherung übersteigt. Darum ist die Unfallversicherung auch weniger eine Arbeiter-, sondern eine Unternehmerversicherung. Die Unfälle, die sich aus Betriebsunfällen ergeben würden, für die der Unternehmer nach Recht und Billigkeit haftbar ist, werden durch Zahlung einer Jahresprämie für den einzelnen Versicherer abgegolten. Diese Beiträge hat der Unternehmer — im Gegensatz zu den anderen Versicherungsarten — allein zu tragen.

Ein Betriebsunfall liegt vor, wenn der Versicherte einer Gefahr erliegt, der er durch seine Tätigkeit in den Betrieben ausgesetzt war, z. B. auf der Betriebsstätte oder auf Betriebswegen. Hinzu kommen nicht auf dem Hin- oder Rückwege, es sei denn, daß der Unfall durch ein in Sachen des Betriebes mitgeführtes Werkzeug verursacht wurde oder wenn und soweit er gleichzeitig auch vornehmlich dem Betriebszweck dient oder er sich noch im Gefahrenbereich des Betriebes vollzieht. Des weiteren während der Arbeitszeit oder eine angemessene Zeit vor deren Beginn und nach ihrem Schluß. Ferner bei einer Art von Arbeit, die zum Betriebe gehört und dem Betrieb, dagegen nicht der eigenen Wirtschaft, z. B. Einnahme von Speise und Trank, zu dienen bestimmt war; weiterhin infolge einer durch den Betrieb hervorgerufenen, nicht aber selbstgeschaffenen, dem Betriebe fremden Gefahr.

Nicht einschlägig sind im Betriebe erlittene Unfälle, die der Verletzte vorsätzlich herbeigeführt oder die er sich bei Begehen eines Verbotens zugezogen hat.

Jeder Unfall ist innerhalb drei Tagen dem Unternehmer oder seinem Stellvertreter der Ortspolizeibehörde und der Berufsgenossenschaft zu melden, wenn durch den Unfall eine im Verleibte beschaffte Person ganz oder zum Teil arbeitsunfähig wird. Die Ortspolizeibehörde hat den Unfall zu untersuchen und das Ergebnis der Berufsgenossenschaft mitzuteilen.

Die Berufsgenossenschaft erteilt nach abgeschlossener Untersuchung dem Verletzten — möglichst innerhalb 3 Monaten — einen Bescheid, ob und in welcher Höhe sie eine Entschädigungspflicht anerkennt. Gegen diesen Bescheid kann der Verletzte innerhalb eines Monats Berufung beim Oberversicherungsamt einlegen; gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamtes binnen einem Monat Berufung an das Reichsversicherungsamt, soweit die Berufung nicht wegen geringfügigkeit der Sache oder wegen anderen, nicht in Betracht kommenden Umständen ausgeschlossen ist.

Wird in der ersten Zeit nach dem Unfall der körperliche Zustand des Verletzten häufig Schwankungen unterworfen sein wird, kann die Berufsgenossenschaft eine sogenannte vorläufige Rente gewähren. Diese Rente kann in den ersten zwei Jahren nach erlittenem Unfall jederzeit geändert werden, spätestens jedoch mit Ablauf der zwei Jahre ist die Dauerrente festzustellen. Ab dann kann nur in Zeitabschnitten von mindestens einem Jahre eine Änderung von der Berufsgenossenschaft vorgenommen oder vom Verletzten beantragt werden.

Als Ersatz des Schadens, der durch die Tötung oder Körperverletzung infolge Betriebsunfalls entsteht, werden Renten gewährt, und zwar bei Tötung neben dem Sterbegeld, bei Körperverletzung neben der Krankenbehandlung. Im allgemeinen beginnt die Leistungspflicht aus der Unfallversicherung mit dem Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfall.

Hat der Verletzte Krankengeld bezogen und ist dieses vor Ablauf der dreizehnten Woche weggefallen, so ist die Rente vom Tage des Wegfalls des Krankengeldes ab zu gewähren. Vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall ab beträgt das Krankengeld mindestens ein Drittel des Grundlohnes, der für den Verletzten bei seiner Krankenkasse maßgebend ist, das heißt der Grundlohnstufe, in welcher der Verletzte zur Zeit des Unfalls eingestuft war. Bis zum Eingreifen der Unfallversicherung sorgt für den Verletzten regelmäßig die Krankenkasse.

Statt der Krankenbehandlung und Rente kann die Verpflegung und freie Kur in einer Heilanstalt gewährt werden. In diesem Falle ist den Angehörigen des Verletzten eine Rente zu gewähren, soweit sie ihnen bei seinem Tode zuzuehen würde. Diese Angehörigenrente erhält auch die Ehefrau dann, wenn ihre Ehe mit dem Verletzten erst nach dem Unfall geschlossen wurde.

Ist der Verletzte völlig erwerbsunfähig, so erhält er die sogenannte Vollrente; sie beträgt zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit kommt die Teilrente in Betracht, das ist der Teil der Vollrente, der dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht. Einem Verletzten, der infolge Unfalls so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Pflege und Wartung bestehen kann, ist die Rente für die Dauer der Hilflosigkeit bis zum vollen Jahresarbeitsverdienst zu erhöhen. Ist der Verletzte infolge des Unfalls unverschuldet arbeitslos, so kann die Teilrente bis zur Vollrente erhöht werden. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht jedoch nicht, da die Gewährung der sogenannten Arbeitslosenrente im Ermessen des Versicherungsorgans liegt.

Ist der Tod die Folge eines Unfalls, so wird Hinterbliebenenrente gewährt. Diese erhält die Witwe sowie die Kinder. Die Renten der Kinder werden bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gezahlt. Der Rentenbetrag der Witwe endet mit ihrem Tode oder ihrer Wiederheiratung. Dagegen hat die Witwe keinen Anspruch, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen wurde.

Bei Tötung einer versicherten Ehefrau haben der Witwer und die ehelichen Kinder im allgemeinen keinen Anspruch. Die vorerhaltenen Kinder oder Kinder der verstorbenen Ehe erhalten dagegen Rente. Hat die Verstorbene dagegen wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Ehemannes die Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsentlohn erhalten, so bekommt der Witwer und die Kinder für die Dauer ihrer Bedürftigkeit ebenfalls Rente.

Wer aus der Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der sogenannten Vollrente bezieht, erhält seit dem 1. Juli 1924 eine Sonderzulage von monatlich 15 M zu seiner „eigentlichen“ Rente. Bei jugendlichen Verletzten findet eine entsprechende Kürzung der Renten statt. Eine Kürzung der Rentenzüge wird ferner bei den Verletzten vorgenommen, wo schon vor dem Unfall eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit vorgelegen hat und deshalb die Rente nach einem gekürzten Jahresarbeitsverdienst berechnet worden war.

Die Rente „ruht“, das heißt die Zahlungen sind einstweilen einzustellen für die Dauer der Zeit, wenn:

1. Der Berechtigte eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Monat verbüßt oder in einem Arbeitshaus oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist. (In diesen Fällen kann die Rente den Angehörigen zugewendet werden.)
2. Solange der berechtigte Inländer sich im Auslande aufhält und die Überwachungsbestimmungen schuldhaft nicht einhält.

Betrifft die Rente eines Verletzten ein Fünftel der Vollrente oder weniger, so kann ihn die Berufsgenossenschaft mit seiner Zustimmung nach Anhörung des Versicherungsamtes mit Kapital anhaften. Die Höhe richtet sich nach dem Alter des Berechtigten, bei Verletztenrenten auch nach der Zeit, die seit dem Unfall verlossen ist. Die Zulage wird bei der Abfindung nicht berücksichtigt. Heiratet eine Witwe wieder, so erhält sie als Abfindung drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen.

Sterbegeld erhält derjenige, der das Begräbnis besorgt. Dieses Sterbegeld beträgt drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 50 M. Wird das Begräbnis von einer Gemeinde oder einer anderen Stelle besorgt, so erhalten die Hinterbliebenen nur den einmaligen Überschuß.

Rechnungen, wie sie schon bei Kalkulationen angewandt werden, entsprechen diesem Zwecke ganz ausgezeichnet, da die ruhende Luftschicht ein vorzügliches Mittel darstellt, Temperaturschwankungen hintanzuhalten. Derzeitige Erparnisse lassen sich erzielen, wenn für die Gegenstände einer Maschinenfabrikation feine, edelstahl ist es auch angebracht, sie heute üblichen Kälten Dächer, welche einen beträchtlichen Teil der Heizkosten verursachen, durch ebene Dächer zu ersetzen, die sich wesentlich billiger stellen und die Möglichkeit einer ausrichtbaren Aufstellung sehr erleichtern. Beim Bau kleiner Häuser besteht das Problem hauptsächlich darin, die Zahl der geleerten Wandbausteine, die an ein und demselben Baue arbeiten, zu verringern und den Bau auf eine Montage von normalisierten Bauteilen zu beschränken, die leicht durch verhältnismäßig wenige Arbeiter auszuführen ist, die keinwegs Spezialisten zu sein brauchen, sondern einfach angeleitet werden können. Große Industriehäuser, die viele Arbeiter beschäftigen zu erhalten haben, geben schon sehr über, den Häusern zu modernisieren. Er wird, lagen wir, in 50 einzelne aufeinander folgende Operationen unterteilt und für jede einzelne Operation wird eine besondere Arbeitergruppe eingesetzt. Es gelang auf diese Weise, die Zahl der beim Häuserbau beschäftigten Facharbeiter auf 9 von der gesamten Arbeiterzahl herabzusetzen. Edison war bekanntlich schon vor 15 Jahren auf den Gedanken gekommen, die Häuser in einem einzigen Zuge herzustellen. Er vermerkt zu diesem Zweck eine bis in die kleinsten Einzelheiten durchdachte Form, die sich schnell und leicht aus dünnen Blechen zusammenbauen läßt, und stellt dann unter drei verschiedenen Spezialarten hinein. Nach dem Schützen wird die Form auseinander genommen, und das Haus ist fertig; man braucht nur noch die Fenster und Türen einzuhängen und die Möbel hineinzustellen. Diese Systemen waren so gebaut, daß sie auch gewisse Veränderungen ermöglichen, so daß nicht ein Haus genau so aussehen mußte wie das andere und auch möglich, mehrere Gartenstübe einzusetzen werden konnten. Die Aufträge liefen bei Edison oft zu Hunderten ein, und nur so war es möglich, mit einer Genauigkeit, die uns Europäern unvorstellbar ist, ganze Städte aus der Erde zu bauen.

Zur Neuregelung der Wochenhilfe

Die Nr. 15 des Reichsarbeitsblattes enthält einen dem Reichsrat jetzt vorliegenden Gesetzentwurf über Wochenhilfe. Bevor dieser Entwurf den Reichstag passiert, erscheint es angebracht, einiges dazu zu sagen.

Der Entwurf bringt in den §§ 195 bis 199 im wesentlichen die bisherigen Bestimmungen für weibliche Versicherte. Neu ist die Festlegung des Entbindungskostenbeitrags in Höhe von 80 M (bisher 25 M) Reichsmark. Auf den ersten Blick erscheint das als eine wesentliche Verbesserung, in Wahrheit bedeutet es eine Verschlechterung. Bisher belam die Wöchnerin ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes für insgesamt 85 Tage. Ein Beispiel. Nehmen wir an, die Wöchnerin sei nur in der Grundlohnstufe III (Tagesverdienst 2,50 bis 3,50 M) und die Kasse gewähre als Verleistung nur die Regelleistung, so erhielt sie als Stillgeld 50 vH des Krankengeldes = 75 M täglich. Diese 75 M x 85 Tage ergibt 63,75 M, dazu die 25 M für Entbindungskosten, also zusammen 88,75 M. Die Erhöhung des einmaligen Beitrags zu den Kosten der Entbindung wird also durch den Fortfall des Stillgeldes mehr wie ausgeglichen. Noch ungünstiger wirkt sich die Neuerung aus, wenn die Wöchnerin in einer höheren Beitragsstufe eingestuft war.

Eine weitere Verschlechterung bringt der Entwurf durch die Bestimmung, daß im Gegensatz zu bisher, wo ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes zu zahlen ist, in Zukunft nur noch ein Wochenlohn in Höhe von drei Vierteln des Krankengeldes gewährt werden soll. Also auch hier ein Rückschritt. Zu bemängeln ist weiter die Umwandlung der bisherigen Monatsbeiträge, die zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 6 M zu zahlen waren, in eine Kanonenbestimmung, so daß in Zukunft die Kassen für diese Fälle (Geburten) bis zu 10 M gewähren können.

Artikel 2, der die Familienwochenhilfe behandelt, läßt im allgemeinen die bisherigen Bestimmungen bestehen. Auch hier ist ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 80 M festgesetzt. Auch die Kanonenbestimmung bei Fehlgeburten ist gleich. Außerdem können die Kassen ein Wochenlohn bis zu einer Reichsmark täglich gewähren. Von dieser letzten Kanonenbestimmung werden die Kassen wohl wenig Gebrauch machen aus folgendem Grunde: Der Entwurf stellt den Wegfall des § 206 d RVO vor. Dieser Paragraph besagt, daß den Krankentassen die Regelleistungen (vorgeschriebenen Verleistungen für Wochen und Stillgeld) bei der Familienwochenhilfe durch das Reich zur Hälfte ersetzt werden. Bei den bisherigen Verleistungen belam die Ehefrau, Wöchnerin usw. beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen im Entbindungsfalle 81,75 M. Der im Entwurf vorgesehene Betrag von 80 M bleibt also nur unerheblich darunter. Fällt der § 206 d, so haben die Kassen die ganzen ausgemessenen Beiträge auch bei der Familienwochenhilfe zu übernehmen. Daß diese Aufhebung der ganzen Kassen bei der angespannten gebildeten Lage der Kassen keine Ermütigung zum Ausbau der Familienleistungen bedeutet, ist leicht verständlich. Für den Schutz und die Fürsorge von Mutter und Kind hat das Reich keine Mittel, die gebildeten Kassen man den Krankentassen auf, im gleichen Atemzuge aber wurde Herabsetzung der Beiträge gefordert.

Artikel 4 des Entwurfs handelt davon, daß nicht nur die nach § 195 RVO gemachten Aufwendungen, sondern auch die durch die Familienwochenhilfe entstehenden Kosten den im Bereiche eines Oberversicherungsamtes anfallenden Krankentassen gemeinsam aufgelegt werden (Gemeinlast). Zwecklos bedeutet die Krankenversicherung des weiblichen Teils der Bevölkerung ein größeres Maß als die des männlichen. Die Krankentassen mit einem erheblichen Teil weiblicher Versicherte sind daher mehr belastet als die anderen. Im Hinblick hierauf ist gegen die gemeinsame Belastung weniger zu sagen. Ungerecht ist es aber, daß das Reich alles den Krankentassen aufzubürden strebt. Hoffentlich erfährt der Entwurf eine gründliche Überprüfung im Reichstag.

Das deutsche „Reichsarbeitsblatt“ läßt ab Januar jede dritte Woche eine Nummer für „Arbeiterchutz, Unfallversicherung und Gewerbehygiene“ erscheinen, die jeweils ein reiches Bildmaterial enthalten soll. In der Einführung zur ersten Nummer werden folgende Zahlen angegeben: Es wurde berechnet, daß für das Jahr 1919 der Kapitalwert der Unfallrenten für Deutschland allein einen Wert von 2,8 Milliarden Goldmark ausmachte. Die Erhaltung der Arbeit, als deren Ergebnis an Stelle der Schadenersatzleistungen lebendig und anschaulich werden und die Darstellung der Unfallvorgänge vornehmlich mit Hilfe von Unfallbildern vermitteln. In Deutschland ist das Unfallbild zuerst von der Lebensversicherungsanstalt in größerem Umfang angewendet worden. Der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften hat eine Unfallversicherungsbild- u. m. b. H. gegründet. Beim Verband der deutschen Berufsgenossenschaften ist im übrigen eine besondere Zentralstelle für Unfallversicherung errichtet. Überaus wichtig wird die Feststellung, daß die Zahl von Unfällen, die sich an Maschinen ereignet haben, unvergleichlich geringer ist als diejenige, die auf Fehler in der Organisation des Betriebes, auf mangelhafte Aufsicht und Mangel an Achtsamkeit seitens der vom Unfall betroffenen Arbeiter zurückzuführen sind. Die Zahl der letzteren betrug im Jahresdurchschnitt der Jahre 1908 bis 1919 etwa 78 vH aller in Deutschland einschlägigen Unfälle.

Mit dem „Mangel an Achtsamkeit“ ist es aber eine besondere Sache. Nicht alles war Unachtsamkeit, was später dem Arbeiter als Mangel an Achtsamkeit aufgelegt wird. Bekanntlich gilt bei den Normalverhältnissen jede Übermüdung, die Unterernährung und latente Krankheit, was wohl die meisten Ursachen der Unfälle sind, als glatter Mangel an Achtsamkeit.

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Sehen unsere Kraftquellen einer Erschöpfung entgegen? Auf der vor einiger Zeit in London abgehaltenen Weltkraftkonferenz waren viele Hunderte von Ingenieuren und sonstigen Sachverständigen aus der ganzen Welt versammelt, um über die Kraftvorräte ihrer Länder zu berichten und alle jene Probleme zu besprechen, die mit der Ausnutzung und Erhaltung unserer Kraftquellen zusammenhängen. Kraft ist ein außerordentlich lebenswichtiges Element unserer heutigen Zivilisation. Angenommen, es würden durch irgendein Naturereignis eines Tages alle Kohlenbergwerke, Ollager und Wasserkraftwerke verschwinden, so wäre der größte Teil der Bewohner zivilisierter Länder dem Tode geweiht und die Überlebenden würden in eine Wildnis zurückverhört sein. Sehr oft hört man die angestellte Frage, ob es wahr sei, daß schon in den nächsten Jahrhunderten alle Kohlengruben und Ollager erschöpft sein werden und unsere Zivilisation einem vorzeitigen Ende erliegen werde. Man spricht auch von der Notwendigkeit der Ausnutzung von Erbe und Fluß und der Windkraft, und weiß auf die gewaltigen Kraftvorräte hin, die nach Ansicht der Physiker noch in den Atomen aufgespeichert seien und vielleicht einmal frei gemacht werden könnten. Eines der hauptsächlichsten Ergebnisse der oben erwähnten Weltkraftkonferenz besteht nun in der ziemlich vollständigen und genauen Angabe aller in der Welt vorhandenen Kraftquellen. Danach erreichen die vorhandenen Kohlenvorräte die ungeheure Zahl von 7 397 663 000 000 Tonnen. Bei der gegenwärtigen Schnelligkeit des Kohlenverbrauchs würde diese Menge nach 4000 Jahre hintertreten. Es wird zwar die Verbrauchsmenge mit der Zeit zweifellos zunehmen; dazu kommt, daß in der angegebenen Kohlenmenge auch etwa 40 vH geringwertiger Braunkohle stecken, jedoch dürfte dies ausgeglichen werden durch die Tatsache, daß die erwähnte Zahl nur die bekannten Kohlenvorräte angibt, während nach Ansicht der Geologen noch viele Kohlenlager ihrer Entdeckung harren, insbesondere in China und Afrika, welche Länder in geologischer Hinsicht bisher wenig erforscht sind. Was die Wasserkraft anlangt, so zeigte die Konferenz das überraschende Ergebnis, daß die vorhandenen Herdkräfte sich unverhältnismäßig klein ausnehmen im Vergleich zu den riesenhaften Weltvorräten an Kohle. Wistlang hat es aber immer anders geheißen: Die Kohlenvorräte wären in

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Knege (Stadth. w. v. h.)

Der Schaden von Häusern.

Die Wohnungsnot besteht nicht nur in Deutschland, auch Frankreich und England haben darunter zu leiden und in all diesen Ländern beschäftigen sich die Parliamente und großen Jugenderwerbungen mit Maßnahmen zur Beseitigung. So hat zum Beispiel die englische Regierung beschlossen, jedes Jahr, gemindert je nach Lage, 200 000 Häuser zu bauen, es sind dies rund 100 000 Häuser mehr, als mit den vorhandenen Baugeldern, Baugeldern usw. ausgeführt werden können. Die Umstände drängen daher immer mehr dazu, mit den alten Baugeldern zu brechen. Das eine heißt wohl jetzt, daß neuer als die Jahrhunderte die Bauweise der Häuser ist, die aus der Verwendung moderner Mittel und Arbeitsorganisationen besteht, nicht gerade an der Spitze steht. Die Ausnutzung von weniger kostspieliger Stoffe und die Verbesserung der von handwerklich geübten Arbeitern wurde eher Prinzip der Beschleunigung eines Hauses herbeiführen, die heute so hoch sind, daß sie jede einzelne Baueinheit einzeln zu bauen möglich machen. Inwiefern zeigt sich jetzt, daß neue Bautechniken des Häuserbaus sich Bahn zu brechen beginnen; es sind die Hochhäuser und die selbständigen Reihenhäuser, die mehr zur Anwendung gelangen. Für das Bauen der Erde und das Aufschichten werden Dampfboiler verwendet, und auch pneumatisch betriebene Geräte können bei Schachtarbeiten immer mehr in Gebrauch kommen. Das Besondere des Dampfboilers, so geben Feuer und anderer Dampfmaschinen mit einem Zylinder die Mittel an die Hand, ein festes und nicht verformbares Material zu erzeugen, das die Rolle der Mauer spielen kann. Die Verwendung von Dampf ist ermöglicht, es den Boden auf jede Höhe zu heben und die neuen Schichten der Erde zu erschließen. In der letzten Zeit in der Lage, aufstiegt in drei Wochen, wie der gewöhnliche Bau. Da bei der neuen Bauweise die Mauer keine Druckkräfte mehr leisten müssen, so brauchen sie lediglich nur Schutz gegen Wärme, Kälte und Feuchtigkeit zu bieten. Dementsprechend

Die Lohnämter in England

Der Gedanke, Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesetzlich zu regeln, wurde in England durch das Gesetz der Lohnämter erstmalig im Jahre 1908 verwirklicht. Dieses Gesetz erstreckte sich vorwiegend auf wenige Gewerbe, und zwar auf das Bekleidungs- und Schuhgewerbe, die Eisenblechindustrie und die Pappschachtelindustrie. Den Lohnämtern lagen folgende Beweggründe zugrunde: Die Arbeiterkraft muß unter allen Umständen gegen eine unbeschränkte sowie unmensliche Ausbeutung der Arbeitskraft geschützt werden, und wo es den Organisationen nicht gelingt, durch den wirtschaftlichen Kampf menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erringen, müssen sie durch gesetzliche Regelungen erzwingen werden. Sowohl in den Kreisen der bürgerlichen Sozialreformer, wie der Gewerkschaften war man sich allgemein klar darüber, es gebe Arbeiterkategorien, deren wirtschaftliche Lage so elend ist, daß der Organisationsgedanke nicht Fuß fassen kann. Vor allem auf dem ausgebreiteten Gebiet der Heimindustrie, weshalb die ersten Lohnämter sich mit diesem Berufszweige befaßten. Sehr bald zeigte sich der gute Erfolg der gesetzlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und in 1914 wurden vier weitere Industriezweige erfasst.

Im Laufe des Krieges, als die Gewerkschaften auf Grund ihrer Erfahrungen erkannten, daß den Lohnämtern eine allgemeine Bedeutung innewohnt, die auch auf solche Berufe mit starken Gewerkschaften ausgebeugt werden müsse, verlangte man die Ausdehnung. So entstand 1918 eine Erweiterung des Gesetzes, wonach Lohnämter auf alle Industriezweige ausgedehnt werden können. Auch wurden die Nachbefugnisse der Ämter erweitert. Auf Grund des Gesetzes von 1918 sind dann nach und nach 44 Lohnämter entstanden.

Das Entstehen von Lohnämtern macht die Gewerkschaftsarbeit nicht illusorisch, im Gegenteil können Lohnämter nur dort gegründet werden, wo die Notwendigkeit derselben durch die Gewerkschaften bewiesen wird.

In 1921, als die wirtschaftliche Krise eingeleitet hatte, begannen verschiedene Unternehmergruppen ein starkes Scheitern gegen die Lohnämter und deren vollständige Beseitigung. Ein parlamentarischer Ausschuss wurde eingesetzt zur Untersuchung der von den Unternehmern vorgebrachten Beschwerden. Wenn auch der Ausschuss nicht umhin konnte, in seinem Bericht auf den wohlthuenden Einfluß der Ämter hinzuweisen, so wurde doch auf eine Einschränkung ihrer Befugnisse hingedringt.

Die Regierung legte dann auch 1923 dem Parlament ein Abänderungsgesetz vor. Die Vorlage will nur dann die Schaffung eines Lohnamtes zulassen, wenn der Arbeitsminister davon überzeugt ist, daß die Löhne des betreffenden Berufs im Vergleich zu anderen Berufen außerst niedrig sind. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß Lohnämter überall dort notwendig sind, wo die Gewerkschaft schwach ist. Ferner soll die Macht der Ämter bezüglich der Festsetzung von Lohnbeschränkungen, zu welchem Zweck zwei Lohngruppen geschaffen werden sollen, und zwar eine allgemeine und eine besondere Lohngruppe. Die erste Lohngruppe soll, wie bisher, durch einfachen Mehrheitsbeschluß eingesetzt und von der Staatsgewalt durchgeführt werden. Die zweite Lohngruppe soll zwischen Vertretern der Unternehmer und Arbeiter vereinbart werden und die Durchführung des Lohnes den einzelnen Arbeitern überlassen bleiben. Die Gewerkschaften wollen das Gesetz in seiner jetzigen Form erhalten, wonach die Durchführung des einmal festgesetzten Lohnes in jedem einzelnen Falle vom Arbeitsminister zu erzwingen ist. Zur Überwachung der von den Lohnämtern festgesetzten Bedingungen sind Inspektoren vorhanden. Bis zum Jahre 1923 bestanden 39 Inspektoren und jeder hatte 4800 Fabriken und Werkstätten zu überwachen. Als die Arbeiterpartei an die Regierung kam, vermehrte sie sofort die Zahl der Inspektoren auf 60 und stärkte auch sonst auf dem Verwaltungswege die Macht der Ämter. Dort, wo niedrigere Löhne als die festgesetzten vorhanden, erhebt der Inspektor Anklage.

Fast alle Lohnämter haben die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden festgelegt. Die Löhne konnten natürlich nicht gleichmäßig geregelt werden. Die Ämter sind gesetzlich verpflichtet, einen allgemeinen Grundlohn für den betreffenden Beruf festzusetzen. Darüber hinaus ist man dazu übergegangen, die Löhne einzelner Gruppen zu bestimmen. Des höchsten bis jetzt festgesetzten Lohnes erfreuen sich die Zeichnerinnen der Pelzbranche, die 1,70 £ die Stunde erhalten. Hier sind die Sätze der Frauen und Männer gleich. Der Wochenlohn der Londoner Milchausträgerinnen ist auf 49,50 £ festgelegt. Der höchste Stundenlohn ungelernter Leute beträgt 1,50 £, für Arbeiterinnen bewegt er sich im allgemeinen zwischen 0,55 und 0,88 £, für Männer zwischen 0,90 und 1,40 £. Diese von den Ämtern festgesetzten Löhne sind natürlich dort höher, wo die Gewerkschaften die Lohnfestsetzung selbst besorgen. Die verschiedenen Ämter haben regelrechte Tarife eingeführt, die von der Regierung für 25 £ abgegeben werden.

Das Blatt der Eisernen Internationale

Seit zwei Monaten hat unser internationaler Bund wieder eine eigene Zeitung, Mitteilungsblatt des IWA benannt. Es entspricht in Größe und Umfang der Metallarbeiter-Zeitung und erscheint monatlich in deutscher, französischer und englischer Ausgabe. Wir freuen uns, daß unsere Internationale wieder ein Mittel des Meinungsaustausches und der Berichterstattung hat. Seitdem der Krieg die Internationale Metallarbeiter-Kundschau verschlungen, mußte sich recht und schlecht mit Rundschreiben durchgeholfen werden. Daß damit dem Bund nicht gezieltem zu dienen war, ist einleuchtend. Der Wunsch nach einem regelmäßig erscheinenden Blatt ließ sich wegen ungewisser Mittel nicht gut erfüllen. Mit dem Wandel zum Bessern konnte dem dringenden Erfordernis entsprochen werden. Es liegt uns jetzt die zweite Nummer (April) des Mitteilungsblattes vor. Sie enthält neben einem freudig gestimmten Geleitwort des bänischen Kollegen J. A. Hansen zahlreiche Berichte über die Arbeitslage wie die Löhne verschiedener Länder. Der Kollege, der seinen Blick international schärfen will, dürfte durch das Lesen der Berichte auf seine Kosten kommen. Ein Urteil über den Erfolg des Blattes wie darüber, ob durch Änderung und Steigerung des Inhalts den Weltverbundenen unseres Bundes nicht noch besser zu dienen ließe, läßt sich natürlich noch nicht abgeben. Heute wollen wir nur unsere Freude über das Erscheinen des Blattes ausdrücken sowie auf seinen Inhalt hinweisen und seine Benutzung den Mitgliedern ans Herz legen. Von dem Blatt wird, wenn wir richtig unterrichtet sind, jeder Ortsgruppe der Bund angehörigenden Organisationen je ein Stück zugestellt. Doch glauben wir, daß darüber hinaus noch für einzelne Mitglieder die Bezugsmöglichkeit besteht oder bald geschaffen sein wird, was uns in jeder Hinsicht nützlich und notwendig erscheint.

Produktionserhebung

Von dem Bericht über die Produktionserhebung, den das Internationale Arbeitsamt herausgibt, ist eben Band 4 erschienen. Der erste Abschnitt gibt ein allgemeines Bild der unmittelbaren Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerung, namentlich der Mobilisation von 70 Millionen, der Toten- und Vermisstenverluste von etwa 9 Millionen, der Beschädigung von etwa 7 Millionen, des Austrittes neuer Klassen von Arbeitern. Der zweite Abschnitt handelt von den Veränderungen in den Lebensverhältnissen der Arbeiter, wobei unter anderem die Weizenbestände von 1909 bis 1921 in 38 Ländern dargestellt werden. Es ergibt sich, daß im Jahre 1920 die Weizenbestände ganz Europas nicht mehr als zwei Drittel des Durchschnitts der Vorkriegszeit ausmachten, in den kriegführenden Ländern Mittel- und Osteuropas beliefen sie sich auf nicht mehr als die Hälfte des Vorkriegsbestandes. Der dritte Abschnitt berichtet über die außerordentlich großen Schwankungen des Umfangs der Arbeitseinstellungen und Ausperrungen. Der letzte Abschnitt befaßt sich sehr ausführlich mit der Verklärung der Arbeitszeit. Die Veränderungen in der Arbeitsdauer und ihre Folgen werden für jedes Land veranschaulicht. Die Ergebnisse rechtfertigen eine Forderung, zu der vor einem Vierteljahrhundert eine Wirtschaftskommission in den Vereinigten Staaten gelangte: „In allen Fällen, wo Arbeitszeitverlängerungen vorliefen, wurden zuerst laute Einwände erhoben und alarmierende Voraussetzungen gemacht. Nach kurzer Versuchszeit verstummte jedoch dieses lärmende Geschrei, ausgenommen in den Fällen, wo wegen gewisser Mängel Klagen noch berechtigt sind.“

Stand der österreichischen Gewerkschaften

Dem Bericht der Zentrale der österreichischen Gewerkschaften über das Jahr 1924 ist zu entnehmen, daß die freien Gewerkschaften Österreichs 687 378 Vollzahler umfassen. Diese Vollzahler werden errechnet, indem die Gesamtzahl der geleisteten Beiträge auf 52 Wochen aufgeteilt wird. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Vollzahler um 26 739 zurückgegangen, was auf die Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Der genaue Mitgliederstand der Gewerkschaften wird in Kürze veröffentlicht werden. Die Gesamtsumme der österreichischen Gewerkschaftskommission beliefen sich im Jahre 1924 einschließlich des Salbes des Vorjahres auf 140 728 Sch., denen Ausgaben von 142 794 Sch. gegenüberstehen. Ein Kampffonds für außerordentliche Zwecke wird vertraulich verwaltet. Das Blatt der Zentralstelle, Arbeit und Wirtschaft, erscheint in einer Auflage von 15 000 und wird von den Betriebsräten besonders bezahlt.

Sozialatachés

Die mexikanische Regierung beschäftigt, ihren Auslandsvertretungen Sozialatachés zugeben. Der Leiter der mexikanischen Gewerkschaften, Morones, äußert sich hierüber wie folgt: Mit dieser Verfügung des Präsidenten wird eine bedeutungsvolle Neuerung geschaffen und einem wirklichen Bedürfnis Rechnung getragen. Es ist recht und billig, daß alle Kräfte, die das Leben eines Landes ausmachen, von den andern Ländern in ihren Einzelheiten studiert werden, und zwar von jenen Fachleuten, die sich mit der Lösung von Problemen befassen, die ein besonderes Gebiet menschlichen Schaffens betreffen. Aus diesem Grunde wird die Arbeit solcher Atachés für unser Land von großem Nutzen sein. Da früher schon den Auslandsvertretungen Handels- und Militäratachés beigeordnet wurden, die alle Einzelheiten ihres Gebietes zu studieren hatten, ist es nur gerecht und logisch, wenn auch die Arbeit ein Faktor wird, dem in der ganzen Welt Beachtung geschenkt wird, besonders auch in Hinblick darauf, daß die Regierungen mancher Länder bereits in den Händen von Arbeitern sind. In diesem Zusammenhang ist die Forderung beachtenswert, daß die mexikanische Regierung in diesem Jahre ihren Auslandsvertretungen keine Militär- und Marineatachés beigegeben hat.

Verschlechterung russischer Arbeitsgesetze

Die Zeitschrift „Industrial and Labour Information“ des Internationalen Arbeitsamtes berichtet in Nr. 8, daß das russische Arbeitskommissariat kürzlich mit der Änderung des Arbeitsgesetzbuches beschäftigt ist. Von der Leitung der sozialistischen Industrie wurden unter anderem folgende Änderungen vorgeschlagen: a) Beseitigung der Lohnzahlung für die Zeit der Mahlzeiten und die Arbeitsunterbrechungen zur Erledigung von Gewerkschaftsgeschäften; b) Herabsetzung der Überstundenentschädigung vom doppelten auf den anderthalbfachen Lohn; c) Verkürzung der Löhne jugendlicher Personen im Verhältnis zu ihrer kürzeren Arbeitszeit; d) Verkürzung der Entschädigung für nicht genommenen Jahresurlaub. Die Gewerkschaften haben gegen diese Forderungen Einspruch erhoben. Es wird dem Arbeitskommissariat zu raten, das letzte Wort in dem Streit zu sprechen, der über die Vorschläge der Leitung der sozialistischen Industrie entfallen ist.

Ein amerikanischer „Kupferkönig“

Nach Mitteilungen in der ausländischen Presse starb vor kurzem in Boston im Alter von 68 Jahren Thomas W. Lawson. Durch Spekulation in Kupfer erwarb er sich ein Vermögen von 50 Millionen Dollar und den Beinamen „Kupferkönig“. Nicht nur wegen seiner rücksichtslosen und gewagten Spekulationen, sondern auch wegen seiner Sonderbarkeiten und Großpurigkeiten machte er dann außerdem noch von sich reden. Einmal sah er in einem Blumenladen eine besonders schöne Nelke und fragte nach ihrem Preise. „30 000 Dollar“, lautete die Antwort. „Sieden Sie sie mir ins Propfloch“, sagte Lawson und bezahlte die Summe. Dann meinte er: „Ich habe durch die Reklame, die diese Außergewöhnlichkeit für mich macht, mindestens eine Million verdient, und so habe ich wohl die 30 000 dafür übrig.“ Jemandem in Massachusetts hatte er sich für 2 Millionen Dollar einen herrlichen Palast erbauen lassen, den er Dreamworld (Traumwelt) nannte. Ferner hatte er eine Jagd, die ihm 250 000 Dollar kostete und die ihm bei internationalen Segelwettlämpfen viele Preise gewann. Die Zahl 3 hielt er für seine Glückszahl. Sein Geschäftshaus befand sich in State Street Nr. 3, sein Fernsprecher hatte die Nr. 333 und er kaufte nur solche Aktien, deren Nummer durch 3 teilbar war. Als dann später sein Vermögen von 50 Millionen auf 50 000 Dollar zusammenschumpfte, verkaufte er sein Auto für 500 Zigarren, weil er ein leidenschaftlicher Raucher war. Es zeigt so recht den Widerstand des Kapitalismus, daß tausende Arbeiter für einen solchen Hanswurst frönen mußten. Du.

Beltrundschau. Ihre letzte Nummer bringt, wie üblich, knappe und klare Darstellungen über die Ereignisse des vergangenen Monats auf dem Gebiet der Weltpolitik sowie über Wirtschaftslage und soziale Bewegung des Deutschen Reiches. Der Bezugspreis beträgt 6 M das Jahr. Wegen Zuendung von Proben wende man sich an die Welt und dich a u, Heidelberg, Gaisbergstraße 88.

Aufruf

Wieder reißt sich der Alkoholismus drohend empor. Längst sind die günstigen Folgen der Alkoholmappheit, die die Kriegsjahre brachten, verfliegen. Mit dem wieder reichlich fließenden Alkohol ergießt sich eine neue Flut von Unheil, Siechtum und Verimpfung in das Volk. Die Arbeiterklasse leidet unter dem Alkoholismus am schwersten. Denn die drückenden Sorgen des Alltags, das ewige Jammern der Arbeitslosen, die Einformigkeit der Nahrung, die öde dürftigen Wohnung, kurz die proletarischen Lebensverhältnisse treiben viele Arbeiter ins Wirtshaus, in die Alkoholdiebstahl, der ihr an sich schon geschwächter Organismus nur wenig Widerstand leisten kann. Aber so eng der Alkoholismus mit der geistigen und leiblichen Not der Massen zusammenhängt, so notwendig ist seine Bekämpfung schon jetzt — trotz aller Hemmnisse der Gegenwart. Die Arbeiterklasse braucht alle ihre Kraft für den wirtschaftlichen und politischen Kampf, sie darf ihren Kulturwillen, ihren Bildungsdrang, ihr Streben nach edleren Lebensformen niemals abtun lassen. Sie muß gerade jetzt, wo die Reaktion anstürmt, alles von sich fernhalten, was Ausdauer und Besonnenheit zu lähmen, Urteil und Gefühl zu trüben vermag. Weil der Alkohol diese Wirkungen ausübt, muß ihn die sozialistische Arbeiterschaft als ihren Feind betrachten! An dem Alkoholgenuss der Massen ist nur ein profitgieriger Kapitalismus und eine herrschsüchtige Reaktion interessiert. Wir, die wir wollen, daß eine geistig und sittlich starke Arbeiterschaft eine höhere Kultur aufbaut, wir Sozialisten müssen die Alkoholmarke verabschieden und mit Wort und Tat ihr entgegenwirken. Von dieser Überzeugung durchdrungen, hat die Sozialdemokratie auf ihren Parteitag wiederholt auf die Alkoholgefahr warnend hingewiesen und Wege zur Eindämmung des Alkoholismus gezeigt. Auch der letzte Parteitag hat eine Entschlieung angenommen, worin die Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen und großzügiger Aufklärung durch Wort und Bild betont wird. Diese Beschlüsse gilt es durchzuführen. Genossen! In dieser Zeit steigenden Alkoholverbrauchs rufen wir euch zu: Haltet den Alkohol fern von euren Sesseln, Familien und Kindern! Schafft alkoholfreie Volkshäuser und Jugendheimen! Verringert die Trinkgelegheiten, wo ihr könnt! Bereitet immer wieder Aufklärung über die großen Schäden des Alkoholismus! Unterstützt das Werk des Arbeiter-Absinentensundes, der seit Jahrzehnten tapfer gegen die Trinititen ankämpft!

nach Zeit verbraucht, wie mühten uns der „weißen Kohle“ der Flüsse und Wasserfälle zuzuwenden, nur das sei unsere Rettung. Und nun erfährt man, daß die gesamten Wasserkräfte der Welt nicht mehr als etwa 200 000 Pferdekraft betragen sollen, von denen etwa ein Fünftel ausgebaut und mehr oder weniger verwertet sind, und daß, falls die gesamte, auf der ganzen Welt benötigte Kraft und Wärme aus Wasserkraften, anstatt wie bisher größtenteils aus Kohle und Öl gewonnen würde, schon heute die überhaupt verfügbaren Wasserkräfte kaum mehr ausreichen würden.

Die Eignungsprüfung der Straßenbahnführer.

Die großen Straßenbahn- und Autobusgesellschaften der Welt läßt sich heute vor die Aufgabe gestellt, für ihre oft in die Tausende gehenden Wagen geeignete Führer auszufinden. Es ist klar, daß Leute, die in den oft viel zu engen und verkehrsreichen Straßen Wagen zu lenken haben, eine ganz besondere berufliche Eignung besitzen müssen, damit Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden. Um nun unter den Bewerbern die geeignete Auswahl zu treffen, werden sie, nachdem die ärztliche Untersuchung zur Zufriedenheit ausgefallen ist, nach einer psychologischen Prüfung unterworfen, um ihre Kraft, ihre Widerstandsfähigkeit der Ermüdung gegenüber, ihre Selbstbeherrschung, ihre Erregbarkeit, die Schnelligkeit und Genauigkeit ihrer Schallminder festzustellen. Mit anderen Worten, man untersucht alle diejenigen Reaktionen auf die Nerven und Muskeln, die durch äußere Vorgänge, ähnlich jenen, die im Fahrdienst sich zeigen, hervorgerufen werden, und bedient sich zu diesem Zweck besonderer psychotechnischer Laboratorien, die mit äußerst sinnreich gebauten Apparaten ausgerüstet sind. Auf diese Weise gelingt es den Gesellschaften, die oft nicht unbedeutenden Kosten, die durch die Ausbildung ungeeigneter Kräfte entstehen, zu verringern und, was unglaublich wichtiger ist, die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs zu erhöhen. Um zum Beispiel zu untersuchen, wie sich ein Bewerber verhält, wenn seine Aufmerksamkeit gleichzeitig von mehreren Dingen beansprucht wird, verfährt man wie folgt: Man läßt den Prüfling in einem verdunkelten Zimmer an einem Tisch Platz nehmen und bringt an einem gegenüberliegenden großen Wandschirm Scheinwerfer zum Aufleuchten, die nach Wunsch verschiedenartiges Licht ausstrahlen können, wobei man gleichzeitig

irgendwelche Lichtsignale auf den Schirm wirft und gleichzeitig auch noch Pupensignale oder Klingeln ertönen läßt oder sonst ein starkes Geräusch herbeibringt. Auf jedes optische oder Hörsignal hat der Prüfling mit bestimmten, zuvor vereinbarten Schallworten zu antworten, indem er etwa mit der rechten Hand einen Druckknopf betätigt oder mit dem linken Fuß einen Kontakt freiläßt oder mit dem rechten einen Kontakt schließt. Alle diese Bewegungen werden automatisch auf einem Papierstreifen aufgezeichnet, der dann für die Zwecke der Eignungsprüfung ausgewertet wird. Um zu ermitteln, ob der Bewerber die nötige Reaktionsfähigkeit besitzt, ist die Einrichtung so getroffen, daß er während der vorhin erwähnten Versuche zwei Finger seiner linken Hand in einen kleinen Salzwassertrug einsteckt, der nach Art einer Brückenhaltung an ein empfindliches Galvanometer angeschlossen ist. In dem Augenblick, in dem man ein dröhnendes Pupensignal ertönt, erschrickt der eine oder andere Prüfling in stärkerem oder geringerem Maße, sein elektrischer Widerstand ändert sich und das Galvanometer zeigt einen entsprechenden Ausschlag. Soll ermittelt werden, welchen Widerstand der Kandidat bei Ermüdung entgegensetzt, so veranlaßt man ihn, einen mit Quecksilber gefüllten Metallbehälter in rascher Folge mit der Hand zu quetschen, wodurch das Metall in einem angefeuchteten Rohr hochsteigt und zurückfällt. Mittels eines auf der Quecksilberkuppe befindlichen kleinen Schwimmers und eines Schmarrenrades lassen sich dann die Druckkraft auf Millimeterpapier einzzeichnen, die nun der Beurteilung zugrunde gelegt werden. In jedem Falle zeigt die Versuchskurve ein so schnelles Abfallen, je weniger Widerstandsfähig der Prüfling sich der Ermüdung gegenüber erweist. Zur Untersuchung der Reaktionsfähigkeit einer Versuchsperson bedient man sich zweier mit Rädchen versehenen Räder, die durch einen endlosen Riemen miteinander verbunden sind. Dreht nun der Psychotechniker die Kurbel des einen Rades, so läuft das andere frei mit. Man veranlaßt nun die Versuchsperson, der die Augen verbunden werden, die Kurbel dieses zweiten Rades anzufassen und den übertragenen Bewegungsimpuls genau zu folgen, sei es nun, daß der Psychotechniker plötzlich seine Handruder anhält, sei es, daß er die Drehbewegung verlangsamt oder beschleunigt. Kann die Versuchsperson den Bewegungsänderungen nicht genau folgen, so zeigt sich dies in einem Unterchiede der Drehzahlen ihres Rades. Dadurch

man, daß man die Bewegungen der beiden Räder auf einer Registriertrammel sich einzeichnen läßt, erhält man genaue Angaben über die suggerierte Bewegung, ihre Dauer und Geschwindigkeit und kann aus der beiden Kurven Rückschlüsse ziehen über die „motorische“ Reaktionsfähigkeit des Bewerbers.

Das Überkupfer.

Die zwei wichtigsten Metalle der Technik, das Eisen und das Kupfer, wecken manche Gegenätze auf. Während Eisen heute ein unerschöpflicher Begriff ist, eine Anzahl der verschiedensten Arten einschließend, deren Eigenschaften in weitesten Bereichen sich ändern, ist Kupfer eigentlich immer Kupfer geblieben, ein Metall, das fast ausschließlich wegen einer einzigen Eigenschaft Verwendung findet, nämlich wegen seiner guten elektrischen Leitfähigkeit. Durch die immer mehr verbesserten Reinigungsverfahren ist es möglich geworden, ein Handelskupfer herzustellen, dessen Leitwert nur noch Bruchteile eines Hundertteils hinter dem des chemisch reinen Kupfers zurückbleibt, und nun kommt die Nachricht, daß es niemals ruhendem Forschergeist gelungen ist, ein Kupfer zu gewinnen, dessen Leitfähigkeit nur mehr als 13 % über der bisherigen Normwert hinausgeht, also noch größer ist, als der des Silbers. Diese Verbesserung wurde dadurch ermöglicht, daß man das Metall in den kristallinischen Zustand überführte. Dr. D. v. H. konnte Kupferkristalle von fast 15 cm Länge und 2,5 cm Breite gewinnen, indem er martigängiges Metall in elektrischen Ofen ganz langsam erhitzte und langsam abkühlen ließ. Kupferkristalle zeigen noch eine andere Eigenschaft. Sie lassen sich ohne die geringste Mühe umbiegen, können dann nur sehr schwer gerade gemacht werden. Es hängt dies damit zusammen, daß bei der Biegung die Atome des Kristalls aus ihrer Gleichgewichtslage gebracht werden und sich hierauf in Form von sehr kleinen Kristallen von gewöhnlichem Kupfer gruppierten. Werden die großen Kupferkristalle gebremst und erwärmt, so wird ihr Bau ebenfalls zerbröckelt und die elektrische Leitfähigkeit sinkt auf den gewöhnlichen Wert herab. Ob dieses Überkupfer jemals praktische Bedeutung erlangen wird, scheint mehr als zweifelhaft, da es sich der Bearbeitung oder Behandlung gegenüber als außerst empfindlich erweist.

